



Heinrich Trapp:

Zehn Jahre LPV Dingolfing-Landau

Bei einem Festakt hob der Landrat die kooperative Zusammenarbeit zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Kommunalpolitik hervor. **Seite 13**



Dr. Ursula-Christina Fellberg:

Behörden-Services entlang der Wertschöpfungskette

Die Branchenleiterin Public Sector von Siemens Business Services sprach mit der GZ über IT-Komplettleistungen für die öffentliche Hand. **Seite 7**



Heinrich Traublinger:

Konjunktureller Silberstreif am Horizont

Nach Feststellung des Handwerkskammerpräsidenten ist heuer mit einer nominalen Umsatzzunahme von rund zwei Prozent zu rechnen. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 12. Februar 2004

55. Jahrgang / Nummer 4

Appell des Bayerischen Städtetags:

Sparen nicht auf Kosten Dritter

Staat soll Sparmaßnahmen strecken

Einstimmig abgelehnt hat der Vorstand des Bayerischen Städtetags Pläne von CSU und CDU, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Dieses Vorhaben degradieren die Kommunen zu reinen Zuweisungsempfängern, erklärte Städtetagsvorsitzender Josef Deimer in München. Den Städten müsse jedoch weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, selbst Steuern zu erheben.

Deimer zitierte aus einem Brief des Ministerpräsidenten. Darin schreibt Edmund Stoiber, das Ende 2003 erzielte Ergebnis im Berliner Vermittlungsausschuss „hilft den Gemeinden in ihrer aktuellen Finanznot und

initiative des Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Joachim Herrmann, zur Kenntnis, in der dieser die Kommunen auffordert, sich konstruktiv an der Diskussion um die Reform der Gemeindefinanzen zu beteiligen und dabei die Revitalisierung der Gewerbesteuer als eine Möglichkeit ins Auge fasst.

Eigenes Modell

Deimer verwies darauf, dass der Städtetag längst ein Modell zur Reform der Gemeindefinanzen vorgelegt habe. Favorisiert werde nach wie vor das Modell einer kommunalen Betriebssteuer, bei der die vor Ort erwirtschafteten Werte der Besteuerung zu Grunde gelegt werden. Für eine solche Steuer habe sich im übrigen auch die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen im Sommer 2003 ausgesprochen. Eine andere Alternative zur Gewerbesteuer gibt es nach Auffassung des Bayerischen Städtetags nicht.



OB Josef Deimer.

gibt Zeit für eine verlässliche und dauerhafte Gemeindefinanzreform“. Diese Einschätzung zeugt Deimer zufolge „von totaler Ignoranz“.

Es fehlen 434 Mio. Euro

Ebenso kritisierte Landshuts Oberbürgermeister, dass Stoiber bei einer Tagung in Nürnberg den Kommunalpolitikern habe weismachen wollen, sie erhielten dieses Jahr vom Staat zusätzlich 270 Millionen Euro. Tatsächlich fehlten den Städten und Gemeinden 434 Millionen Euro

Mit Interesse nahm der Städtetagsvorsitzende zudem eine In-



Einen „Pakt für Kommunen“ bot der Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, im Rahmen der Behördenreform den kommunalen Spitzenverbänden an. Unser Bild zeigt Huber gemeinsam mit Landrätin Bruni Mayer, Präsident Theo Zellner und Landrat Roland Schwing (vgl. Bericht Seite 2).

Foto: Firsching

Landkreistag und Bezirke fordern:

Aufwendungen für Sozialhilfe begrenzen!

Bayerns Bezirke und Landkreise fordern eine Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfeausgaben. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von Bayerischem Landkreistag und Bayerischen Bezirken in München erklärte Landkreistagspräsident Theo Zellner: „Wir drücken uns nicht vor unseren Aufgaben. Aber unsere Haushalte sind am Ende!“ Im übrigen könnten Kommunen nicht als Reparaturwerkstätte für gesellschaftliche Fehlentwicklungen herangezogen werden.

Laut Zellner sind die Aufwendungen für die Sozialhilfe von 2001 auf 2002 um 158,3 Mio. Euro, sprich 5,6 Prozent, gestiegen „und müssen daher dringend begrenzt werden“. Wie Bezirksverbandspräsident Manfred Hölzlein erläuterte, entfielen rund 78 Prozent der gesamten Sozialhilfeaufwendungen in Bayern auf die bayerischen Bezirke als überörtliche Träger. Die Bezirke mussten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung 2003 rund 1,5 Mrd. Euro

und für die Hilfe zur Pflege rd. 450 Mio. Euro ausgeben. Dies bedeute allein bei der Eingliederungshilfe einen Ausgabenanstieg von 40,3 Prozent zwischen 1998 bis 2002.

Hilfen für besondere Lebenslagen

Diese Tatsache mache zum einen deutlich, dass der Schwerpunkt der Sozialhilfeleistungen nicht bei der Hilfe zum Lebens-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Gemeindetag zur Verwaltungsreform:

Dialog mit den Kommunen

Brandl fordert Konnexitätsprinzip ein

Die bayerischen Gemeinden fordern ein Mitspracherecht bei der Verwaltungsreform im Freistaat. Wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Uwe Brandl, bei einer Pressekonferenz in München darlegte, müsse die Staatsregierung ihre Pläne frühzeitig offenlegen und darüber in einen fairen Dialog mit den Kommunen eintreten.

Brandl betonte darüber hinaus, dass eine etwaige Kommunalisierung oder Privatisierung staatlicher Aufgaben unter Wahrung des Konnexitätsprinzips zu erfolgen habe. Eine etwaige Aufgabenübertragung auf die Landratsämter dürfe sich nicht auf die Höhe der Kreisumlage auswirken.

Demonstrations-Resistenz

Aufgrund der Finanzmisere der öffentlichen Hand sieht Brandl, der auch Bürgermeister von Abensberg im Landkreis Kelheim ist, den ländlichen Raum in Gefahr. Die Kommunen seien pro Einwohner im vergangenen Jahr mit 1199 Euro verschuldet gewesen. 1990 habe der Betrag noch bei umgerechnet 772 Euro gelegen. Demonstrationen wegen der Auswirkungen des drastischen Sparkurses der Staatsregierung auf die Kommunen lehnt der Gemeindetag indes ab. Mittlerweile ist Brandl zufolge schon eine „Demonstrations-Resistenz“ spürbar.

Bündnis für den ländlichen Raum

Brandl forderte ein Bündnis für den ländlichen Raum. Staat und Kommunen hätten die Aufgabe, den ländlichen Raum lebenswert zu erhalten. Die Gemeinden hätten bislang Hervorragendes im Rahmen der Dorfentwicklung geleistet; die Hilfe hierzu durch die Direktionen für Ländliche Entwicklung dürfe nicht ersatzlos entfallen.

In den Bereichen „Wald“ und

„Wasser“ wiederum benötigten die Gemeinden auch in Zukunft die neutrale, nicht gewinnorientierte Beratungskompetenz der staatlichen Forstverwaltung und der Wasserwirtschaftsverwal-



Dr. Uwe Brandl.

tung, damit die Pflege so wichtiger Güter wie des Ökosystems Wald und des naturbelassenen Trinkwassers auch künftig für die Bürgerinnen und Bürger ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Da beging einer Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ - so die Reaktion des Bürgermeisters auf Schröders Rücktritt. Ob die neue Doppelspitze es schafft, Deutschland wieder nach vorne zu bringen? Schließlich entstehen laut Machiavelli Umwälzungen aus einer natürlichen Ursache: „Die Menschen wechseln nämlich ihre Herren in der Hoffnung, ihre Lage zu verbessern.“ **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Pakt für die Kommunen	2
Landtag setzt auf Kostendämpfung	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Die Bürger als Partner ernst nehmen	3
Finanzloch belastet die Sozialpsychiatrie	3
GZ- Fachthemen EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunen	4 - 9
Dienstleistungen	10
Abfall - Umwelt	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Eine Reihe aktueller kommunalpolitischer Themen stand auf der Tagesordnung der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschusssitzung in München. Unser Bild zeigt das KPV-Podium (v. l.): Bürgermeister Gerhard Weber, Staatssekretärin Emilia Müller, Landrat Luitpold Braun, Staatssekretär Franz Meyer und KPV-Geschäftsführer Florian Hahn (vgl. Bericht Seite 3).

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Pressekonferenz des Bayerischen Landkreistags mit Staatsminister Huber:

Pakt für die Kommunen

Grundsätzlich begrüßt werden vom Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Chams Landrat Theo Zellner, die Ziele der Behördenreform „Verwaltung 21“. Auf einer Pressekonferenz in München, an der Staatskanzlei-Chef Erwin Huber teilnahm, verwahrte er sich jedoch auch gegen übereilten Aktionismus. Eine dauerhaft angelegte Reform mit derart gravierenden Auswirkungen könne und dürfe nicht innerhalb einiger Wochen oder Monate vom Reißbrett gestaltet werden, betonte Zellner.

Zum wiederholten Male unterstrich der Präsident die Bereitschaft der bayerischen Landräte, sich intensiv am Reformprozess zu beteiligen. Es sei darauf zu achten, den noch vielfach bestehenden Zentralismus mit Vorgaben von oben nach unten vernünftig abzubauen. Der Anspruch müsse sein, die Landratsämter als Servicebehörde und den Bürger als Kunden und nicht als Bittsteller zu betrachten. Aufgaben, die von der unteren Verwaltungsebene in eigener Kompetenz und Verantwortung erledigt werden könnten, seien grundsätzlich dort anzusiedeln. Der Staat müsse wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Bürgernahe Verwaltung aus einer Hand

Die wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Reform seien Subsidiaritätsprinzip, dreistufiger Verwaltungsaufbau und Bündelung der hoheitlichen Aufgaben in einer bürgernahen Verwaltung aus einer Hand. Ziel dürfe es nicht sein, möglichst viele Behörden unter dem Dach des Landratsamts zu vereinen, sondern Bürgern und Wirtschaft zügige Entscheidungen aus einer Hand zu bieten. Dabei gehe es nicht um Machtstreben, wie den Landräten mitunter vorgeworfen werde, sagte Zellner.

Kostenneutralität

Der Präsident plädierte zudem für eine Kostenneutralität der Behördenreform. Zwar stellten sich die Landkreise als Kostenträger der staatlichen Landratsämter ihrer Verantwortung, seien jedoch nicht in der Lage, infolge der Behördenreform zu

sätzliche Personal- und Sachkosten aufzufangen. Die Behördenreform müsse deshalb von allen Ebenen, auch von den kreisangehörigen Gemeinden als Kreisumlagezahler mitgetragen werden, wenn sie dauerhaft von Erfolg sein soll.

Auswirkungen auf den ländlichen Raum

Zellner forderte darüber hinaus den Freistaat auf, jede Maßnahme, die das Sparen und Reformieren im Sinne der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 6. 11. 2003 betrifft, auch auf die Auswirkungen auf den ländlichen Raum zu prüfen. Dies gelte für Zukunftsperspektiven in Fachfragen wie letztlich auch für etwaige Standortentscheidungen.

Freiheit für die Bauherren

Auf die Frage, wie sich die Reform konkret auf den Punkt Baugenehmigungen auswirkt, erklärte Zellner, dass in punkto Freistellungsverfahren bereits sehr viel unternommen worden sei. Möglichst viel Freiheit für den Bauherrn heiße die Devise, ohne dass dessen Bauplan noch extra vom Landratsamt genehmigt werden muss. Im übrigen, so Zellner, habe die Staatsregierung vorgeschlagen, diese Freistellungen bis zu bestimmten Größenordnungen, die aber noch zu definieren seien, auch auf gewerbliche Bereiche zu übertragen. Letztlich sei alles eine Frage der Standards. Da die Kontrollmechanismen eine nach wie vor stark belastende Wirkung hätten, „werden Staat und Landratsämter Kataloge aufstellen, wo diese Standards überzogen

sind“.

Erwin Huber wies seinerseits die Sorge des Bayerischen Landkreistages vor einer übereilten Verwaltungsreform als unbegründet zurück. Er erklärte, dass die Kommunen in alle Entscheidungen der Verwaltungsreform intensiv einbezogen werden. Der begonnene positive Dialog mit den Kommunalverbänden werde über alle Schritte der Verwaltungsreform fortgesetzt. Huber: „Wir wollen ein hohes Maß an Konsens und Gemeinsamkeit.“ Der Landkreistag gelte dabei als wichtiger Partner im Entscheidungsprozess.

Bürgerfreundlichkeit und Dienstleistungsorientierung

Laut Huber wird die Verwaltung in Bayern noch bürgerfreundlicher und dienstleistungsorientierter. Der ländliche Raum und die kommunale Selbstver-

waltung sollen gestärkt werden. Das Angebot der Staatsregierung sei ein „Pakt für die Kommunen“, mit dem Entscheidungen von oben nach unten verlagert und die Handlungsspielräume vor Ort gestärkt werden sollen. „Landesweite Standards und Vorgaben für die Kommunen werden abgebaut“, versprach Huber, denn nicht alles müsse von Aschaffenburg bis Passau einheitlich geregelt sein. Gerade die Landratsämter hätten in diesem Prozess eine Schlüsselrolle inne: „Ihre Rolle als zentrale Anlauf- und Genehmigungsstelle werden wir ausbauen.“

Überholte Gewerbesteuer

Die Staatsregierung, so Huber abschließend, wolle erreichen, dass die Kommunen bei einem Ersatz der „überholten“ Gewerbesteuer einen vollständigen Ausgleich durch die Beteiligung an der Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuer mit eigenem Heberecht erhalten. „Wir wollen ein hohes Maß an Konsens“, betonte der Chef der Bayerischen Staatskanzlei. **DK**

Landtag setzt auf Kostendämpfung

CSU-Mehrheit begrüßt Einigung mit den Bezirken
Opposition fordert weitere 60 Millionen Euro

In dem aus gemeinsamer Finanznot entstandenen Streit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und die Bezirksumlage setzen Landtagsmehrheit und Staatsregierung auf einen Kompromiss. In einem nach kontroverser Diskussion mit der Opposition angenommenen CSU-Dringlichkeitsantrag wird das zwischen dem Finanzminister und den sieben Bezirkstagspräsidenten erzielte „Einvernehmen“ über die Verteilung der Mittel für den Sozialhilfeausgleich begrüßt. Die in diesem Aufgabenbereich der Bezirke ständig gestiegenen Kosten und in deren Folge die Erhöhung der Bezirksumlage für Städte, Landkreise und Gemeinden hat die Spitzenverbände entzweit.

Die Staatsregierung wurde vom Landtag aufgefordert, „sich nachdrücklich für eine kritische Überprüfung von Standards einzusetzen sowie geeignete Maßnahmen zur Kostendämpfung und -entlastung zu prüfen“. Die schwierige Finanzsituation der Bezirke werde „maßgeblich vom Bund mit verursacht“. Einerseits sei die Umlagekraft infolge der Steuerausfälle gesunken, andererseits gebe es überproportionale Kostensteigerungen im Sozialbereich.

Vorschläge zur Kostendämpfung

Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser hatte im Landtagsplenum berichtet, das Einvernehmen sei unter Beteiligung von Innenminister Dr. Günther Beckstein und des Haushaltsausschussvorsitzenden Manfred Ach (CSU) zustande gekommen. Es sieht vor, die Mittel für den Sozialhilfeausgleich heuer gegenüber 2003 um 140 auf 440 Millionen Euro zu erhöhen. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Staatssekretären Franz Meyer (Finanzen), Georg Schmid (Inneres) und Jürgen W. Heike (Soziales) soll mit Vertretern der Bezirke bis Ende Juni Vorschläge zur Kostendämpfung erarbeiten. Das Kabinett wird sich dann mit den Vorschlägen befassen.

Die 440 Millionen Euro werden laut Mitteilung des Finanzministeriums so verteilt: Mittelfranken 102,1 - Oberbayern 98,7 - Schwaben 73,2 - Oberpfalz 49,1 - Niederbayern 44,0 - Oberfranken 37,8 - Unterfranken 35,1 Millionen Euro.

Die SPD-Fraktion hatte in einem konträren Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, ihrer Verantwortung für eine sachgerechte Lösung dadurch gerecht zu werden, dass die entsprechenden Finanzausgleichsmittel um weitere 60 auf

500 Millionen Euro erhöht werden. Es müsse außerdem geprüft werden, inwieweit staatliche Aufgaben von den Bezirken wieder auf den Freistaat übertragen werden können. Helga Schmitt-Bussinger, die stellvertretende Vorsitzende des Kommunalausschusses, meinte, die Staatsregierung versuche, von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken, indem sie den Bund als Prügelknaben hinstelle.

Grüne: Erpressung

Die Grünen, die keinen eigenen Antrag vorgelegt hatten, schlugen in die gleiche Kerbe. Ihr Sprecher Eike Hallitzky sprach von einer „Politik der Erpressung“. Der Finanzminister habe sich verhalten, „als würde man einer Meute von halbverhungerten Wölfen ein viel zu kleines Stück Fleisch hinwerfen und sagen, aber verteilt es gerecht“. Faltlhauser betriebe „das Ende der Bezirke durch die Hintertür“. Der SPD-Antrag sei immerhin ein Kompromiss zwischen dem, was der Staat als notwendig erachte und was die Bezirke brauchten. Die CSU andererseits habe Angst, diese Debatte offen und ehrlich mit ihren Bezirksräten zu führen.

Konnexität auf Bundesebene

Manfred Ach nannte die von der SPD geforderten zusätzlichen 60 Millionen Euro eine Unverfrorenheit. Die Aufstockung um 140 Millionen Euro trotz Sparzwängen bedeute eine Erhöhung um 46,6% gegenüber letztem Jahr. Der Haushaltsausschussvorsitzende forderte Rot-Grün auf, endlich auch auf Bundesebene das Konnexitätsprinzip einzuführen. Jetzt übertrage der Bund den Kommunen immer mehr Aufgaben, „zahlt aber entweder nicht ausreichend oder gar nicht“. **mm**

Bayerns Handwerk sieht konjunkturellen Silberstreif

Traublinger erwartet Umsatz und Investitionssteigerung
Aber Sorgen wegen der EU-Osterweiterung

Das Handwerk in Bayern, das nahezu in jeder Gemeinde vertreten ist, sieht wieder einen konjunkturellen Silberstreif. Denn nach Feststellung des Präsidenten der Handwerkskammer für München und Oberbayern, MDL Heinrich Traublinger, ist in diesem Jahr mit einer nominalen Zunahme des Umsatzes um rund 2 % zu rechnen. Bei der Vorlage des jüngsten Konjunkturberichtes der Kammer sagte er außerdem, dass auch die Investitionstätigkeit wegen unaufschiebbarer Ersatzinvestitionen wieder etwas anziehen werde. Bei einer Kammerumfrage zur anstehenden EU-Osterweiterung hat mehr als der Hälfte der Betriebe erhebliche Sorgen geäußert.

Angesichts der nach wie vor schwachen Kapazitätsauslastung sei mit einem Investitionsboom aber kaum zu rechnen, so der Kammerpräsident. Bei der Zahl der Beschäftigten und der Betriebe im Münchner und oberbayerischen Handwerk erwarte man keine weiteren Rückgänge. Traublinger: „Dass es uns wohl gelingen wird, den Beschäftigungsrückgang zu stoppen, ist eine gute Nachricht für das Handwerk und seine Beschäftigten. Im Münchner und oberbayerischen Handwerk sind damit einmal mehr die Erwartungen optimistischer als im deutschen Handwerk insgesamt.“

Gestiegene Kosten

2003 erwirtschafteten die fast 60.000 Handwerksbetriebe in München und Oberbayern knapp 29 Mrd. € Umsatz. Das Umsatzvolumen stagnierte damit gegenüber dem Jahr 2002. Die Betriebe investierten 710 Mio. € Das waren aber mehr als 5 % weniger als 2002. Die Betriebsauslastung mit 73 % sowie die Reichweite der Bestellungen mit 4,8 Wochen befanden sich Ende des Jahres auf einem äußerst niedrigen Niveau. Gestiegene Material- und Beschaffungskosten konnten die Handwerksbetriebe nicht über den Preis weitergeben. Die Teuerungsrate für Handwerksprodukte betrug im abgelaufenen Jahr dennoch weniger als einen halben Prozentpunkt.

Abstriche beim Personal

Wenn man die Zahlen sehe, so Traublinger, könne es kaum verwundern, dass die Handwerksbetriebe auch beim Personal Abstriche machen mussten. Im Jahreschnitt 2003 wurden gut 3 % weniger Mitarbeiter beschäftigt als noch ein Jahr zuvor. Zum Jahresende standen beim Münchner und oberbayerischen Handwerk etwa 310.000 Personen in Lohn und Brot. Die Zahl der Betriebe ging um 0,7 % auf rund 59.720 zurück. Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Lehrstellensituation. Bis Ende 2003 verzeichnete die Handwerkskammer rund 10.100 neuabgeschlossene Lehrverhältnisse im Kammerbezirk; das waren um etwa 400 oder 3,8 % weniger als ein Jahr zuvor.

Wettbewerbsverzerrungen

Zusammen mit ihrer Konjunkturumfrage führte die Handwerkskammer unter den Mitgliedsbetrieben auch eine Sonderumfrage zu ihrer Einschätzung der EU-Osterweiterung durch. 57 % der befragten Handwerksunternehmer seien der Meinung, dass wegen der niedrigen Arbeitskosten beziehungsweise Umweltstandards in den neuen EU-Ländern Wettbewerbsverzerrungen für das heimische Handwerk eintreten werden. Die Kontrolle und die Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung werde dadurch noch schwieriger. Der Wettbewerbsdruck werde deutlich zunehmen und könne existenzgefährdend werden. 5 % der

Befragten sehen aber Vorteile bei der Erschließung neuer Märkte.

Steuerreform anpacken

Der Handwerkspräsident fordert die Politik auf, endlich eine echte Steuerreform anzupacken. Ungelöst sei auch das Problem der Gemeindefinanzen. Traublinger: „Jede Gemeindefinanzreform muss sicherstellen, dass die Gemeinden weiter einen Anreiz behalten, ihre Rahmenbedingungen wirtschaftsfreundlich zu gestalten.“ Bei der Mehrwertsteuer setze das Handwerk auf einen Systemwechsel, in dem von der derzeitigen Soll- auf die Ist-Be-steuerung übergegangen werde. Das bedeute, die Unternehmer müssten die Umsatzsteuer erst dann abführen, wenn die Zahlung durch den Kunden erfolgt sei. Das Handwerk müsse im jetzigen System die Umsatzsteuer in hohem Maße vorfinanzieren.

Schwarzarbeit am Pranger

Kritik übte Traublinger auch am geplanten Schwarzarbeitsgesetz. Bislang habe nach dem Schwarzarbeitsgesetz eine Ordnungswidrigkeit vorgelegen, wenn Werkleistungen in erheblichem Umfang erbracht wurden und keine Eintragung in die Handwerksrolle vorlag. Dies solle nun ganz wegfallen. Das bedeute, so der Handwerkskammerpräsident, dass unerlaubte handwerkliche Tätigkeiten von dem Gesetz gar nicht mehr erfasst würden. Damit entfielen in diesem Bereich auch die bisher über das Schwarzarbeitsgesetz vorgesehenen Bußgelder. Dadurch werde im Handwerksbereich die Schwarzarbeit erst recht Tür und Tor eröffnet. Der Präsident bedauerte, dass die öffentliche Diskussion über den Gesetzentwurf nur auf die Frage reduziert werde, inwieweit die illegale Beschäftigung von Putzfrauen eine Ordnungswidrigkeit oder ein Straftatbestand sein solle und wieweit hier Bagatelgrenzen zur Anwendung kommen sollten.

Dequalifizierung befürchtet

Die seit 1. Januar geltende Handwerksordnung werde nach Einschätzung des Handwerks noch schwere Probleme für Qualifikationsniveau, Qualitätsarbeit und Ausbildungsleistung des Handwerks bringen, erklärte Traublinger. Die Tatsache, dass nach der neuen Ordnung 53 von früher 94 Handwerksberufen nicht mehr den Meister zur Voraussetzung der selbständigen Ausübung hätten, führe tendenziell zur Dequalifizierung und mindere auf mittlere Sicht sicherlich auch die Ausbildungsleistung. Denn diese Berufe könnten jetzt ohne jede Voraussetzung ergriffen werden. Wer aber selber nicht die notwendige Qualifikation habe, könne und dürfe andere auch nicht ausbilden. „Trotzdem werden wir verstärkt auch für die handwerksähnlichen Berufe Ausbildungs- und Prüfungsordnungen erarbeiten, um das Qualifikationsniveau anzuheben“, versicherte Traublinger. **Doh.**

Wir gratulieren

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons Kiendl
93107 Thalmassing
am 3.3.

Bürgermeister Stefan Kurz
83471 Schöna u. Königsee
am 5.3.

Bürgermeisterin
Dr. Bianca Fischer
96202 Lichtenfels
am 17.2.

Bürgermeister Karl Metzger
86570 Inchenhofen
am 22.2.

Oberbürgermeister
Hans Schaidinger
93047 Regensburg
am 23.2.

Bürgermeister Norbert Schön
89447 Zöschingen
am 23.2.

Bürgermeister Karl-Heinz Keller
97753 Karlstadt
am 26.2.

Bürgermeister Hans-Peter Reis
97531 Theres
am 26.2.

Bürgermeister Ludwig Neeb
97725 Elfershausen
am 28.2.

Bürgermeister Manfred Kaschel
84175 Gerzen
am 28.2.

Bürgermeister Peter Braun
92283 Lauterhofen
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister Ralf Felber
91522 Ansbach
am 4.3.

Bürgermeister Heinz Dorsch
97342 Seinsheim
am 4.3.

Bürgermeister Alfons Lang
93083 Obertraubling
am 5.3.

Bürgermeister Albert Rummel
93080 Pentling
am 5.3.

Bürgermeister Josef Kern
94579 Innernzell
am 16.2.

Bürgermeister Walter Weiner
97906 Faulbach
am 18.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Leopold Ritzinger
94579 Zenting
am 2.3.

Bürgermeister Josef Reindl
92253 Schnaittenbach
am 3.3.

Bürgermeister Ludwig Wachs
93077 Bad Abbach
am 16.2.

Bürgermeister
Wolfgang Thurner
89361 Landensberg
am 18.2.

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Maul
91734 Mittleschenbach
am 16.2.

KPV-Hauptausschuss in München:

Der Freistaat steht zu seinen Kommunen!

Diskussion mit Franz Meyer, Emilia Müller und Alexander Radwan

Als „kritisch“ hat Finanzstaatssekretär Franz Meyer die Finanzlage der Kommunen bezeichnet. Bei der Sitzung des KPV-Hauptausschusses in München unter Leitung von Landrat Luitpold Braun verwies Meyer darauf, dass hierfür einzig und allein die rot-grüne Bundesregierung verantwortlich sei.

Die Situation der Kommunen wird Meyer zufolge in diesem Jahr maßgeblich von zwei Faktoren geprägt: den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses im Dezember und der Konzeption des kommunalen Finanzaus-

gleichs im Vergleich zum Gesamthaushalt unterdurchschnittlich um 3,4 Prozent von 5,7 Milliarden Euro in 2003 auf 5,5 Milliarden Euro zurückgehen. Die reinen Landesleistungen für die Kommunen blieben sogar praktisch stabil.

FFH-Gebiete nachmelden

Über die Ausweisung weiterer FFH-Gebiete in Bayern berichtete Umweltstaatssekretärin Emilia Müller. Weil Zwangsgelder drohten, müsse die Nachmeldung an Brüssel so schnell wie möglich erfolgen. Bislang habe Bayern 7,9 Prozent der Landesfläche als FFH-Gebiete ausgewiesen. Zur Nachmeldung vorgeschlagen seien derzeit 2,3 Prozent der bayerischen Landesfläche für FFH-Gebiete und 2,4 Prozent für Vogelschutzgebiete. Insgesamt ergebe dies eine Fläche von 800.000 Hektar oder 11,3 Prozent der Landesfläche.

Laut Staatssekretärin Müller sind diese Meldungen aus der europäischen Gesamtschau überprüft und bewertet worden. Ende 2002 sei eine förmliche Aufforderung der Kommission an Deutschland ergangen, die ermittelten Defizite der Meldung zu beheben. Daraufhin habe der Bayerische Ministerrat beschlossen, die Ergebnisse konstruktiv, aber kritisch zu behandeln.

Die fachliche Feinabstimmung dauere noch an, fuhr Emilia Müller fort. Derzeit würden die Stellungnahmen der unteren und höheren Naturschutzbehörden sowie die Ergebnisse der Online-Konsultation ausgewertet. Ein bilaterales Gespräch zum Nachmeldeverfahren zwischen Bund, Ländern und der Kommission habe wiederum ergeben, dass Bayern sein Auswahlermessen behält, aber an die fachlichen Auswahlkriterien und den festgestellten Nachmeldebedarf gebunden ist.

Kommunen dürfen der Wirtschaft keine Konkurrenz machen

Europäisches Wettbewerbsrecht konzentriert sich immer mehr auf kommunale wirtschaftliche Tätigkeiten, wie der Europaabgeordnete Alexander Radwan darstellte. Ziel der CSU sei es, hier zu mehr Rechtssicherheit zu gelangen, da die Frage der wirtschaftlichen Tätigkeit extrem abhängig von der Interpretation der Europäischen Kommission sei. Fakt sei, so Radwan, dass kommunale Unternehmen immer mehr Dienstleistungen anbieten.

Ein Beispiel aus der Praxis

Als Beispiel führte der Politiker die Stadtreinigung Berlin an, die auf ihrer Internetseite damit wirbt, man könne sein Auto dort warten lassen. Dies wohlgeachtet in Konkurrenz zu mittelständischen Kfz-Betrieben. Dies alles geschieht laut Radwan noch unter dem Deckmantel kommunaler Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge. Die Szenerie gestalte sich noch ein Stück weit abstruser, wenn man sich vorstelle, dass just diese Stadtreinigung in Kooperation mit einem niederländischen Unternehmen auch Aufbauten für die Müllentsorgung macht und diese für die Firma deutschlandweit vertreibt.

Radwan: „Dies sind Fälle, die uns auf europäischer Ebene bei



Landrat Luitpold Braun und Alexander Radwan, MdB.

gleichs. Durch das im Vermittlungsausschuss geschnürte Gewerbesteuerpaket würden die bayerischen Kommunen rund 430 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Davon entfielen allein rund 389 Millionen auf die Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Die Beharrlichkeit der Bayerischen Staatsregierung werde sich also für die Kommunen auszahlen, betonte der Staatssekretär. Er wies allerdings auch darauf hin, dass der Freistaat durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage seinerseits Einnahmeausfälle in Höhe von ca. 195 Millionen Euro hinnehmen müsse.

Schwierige Ausgangslage

In diesem Jahr sei die Ausgangslage für den kommunalen Finanzausgleich schwieriger denn je, räumte der Staatssekretär ein. Staat und Kommunen müssten seit Jahren niedrigere Steuereinnahmen hinnehmen. Sie befänden sich mittlerweile in einer extrem angespannten Finanzlage. Die aufgrund der Steuerschätzungen vom Freistaat in 2004 zu erwartenden Steuerausfälle in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro machten ein striktes Sparprogramm notwendig. Davon könne auch der kommunale Finanzausgleich nicht ausgenommen werden. Allerdings würden in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden

baus, die Investitionspauschale, die Krankenhausförderung, der Straßenbau und der ÖPNV sowie die Abwasserförderung.

Gemeinsame Kraftanstrengung

Gleichwohl, so der Staatssekretär, zeige gerade der kommunale Finanzausgleich 2004, dass der Freistaat zu seinen Kommunen steht. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Staat und Kommunen würden wichtige Schwerpunkte zur Stärkung der Verwaltungshaushalte gesetzt. Dies sei nur möglich gewesen, weil der Freistaat trotz seiner angespannten Haushaltssituation zusätzliche Mittel in Höhe von 270 Millionen Euro bereitstellt und die Kommunen 60 Millionen Euro aus der gekürzten Investitionsförderung umschichten. Damit wird es, wie Meyer feststellte, möglich, die Schlüsselzuweisungen mit 2,1 Milliarden Euro auf dem Niveau des Vorjahres zu stabilisieren, den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke um 140 Millionen Euro auf 440 Millionen Euro anzuheben und den Ansatz für Bedarfzuweisungen von 15 Millionen Euro um 43 Millionen auf 58 Millionen Euro zu erhöhen.

Stabile Landesleistungen

Insgesamt, fasste Meyer zusammen, werde das Gesamtvolumen des kommunalen Finanz-

Resolution zur Regionalplanung

Mit Blick auf die Ausführungen von Ministerpräsident Edmund Stoiber in seiner Regierungserklärung zur Zukunft der Regionalplanung verabschiedete die KPV Bayern abschließend folgende Resolution: „Aus Sicht der KPV ist eine praxisnahe und auch im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung den Anforderungen der Kommunen gerecht werdende Regionalplanung nur in kommunaler Hand möglich. Diese hat sich in den vergangenen 30 Jahren bewährt, wie nicht zuletzt die derzeitigen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im Freistaat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigen. Die KPV tritt daher nachdrücklich für den Verbleib der Regionalplanung in kommunaler Verantwortung ein, steht zu der im Bayerischen Landesplanungsgesetz festgelegten Übertragung der Regionalplanung auf die Planungsverbände ... und regt dringend an, dieses Modell beizubehalten. Die KPV stimmt grundsätzlich mit der Auffassung überein, dass hinsichtlich der Regionalplanung Reformbedarf besteht und steht deshalb einer Diskussion über die angedachte Strukturreform sowie der Vereinfachung der Regionalplanung aufgeschlossen gegenüber.“

DK

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leserin

Politik braucht Visionen. Aber immer wieder neue Begriffe verwirren gestandene Kommunalpolitiker. Nun also soll die Vision „Nachhaltige Bürgerkommune“ heißen? Im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluierung über die Lokale Agenda 21 in Bayern konnte Prof. Dr. Holger Magel von der TU München nämlich feststellen, dass die bisher getrennt diskutierten und behandelten Themen Nachhaltigkeit, Bürgergesellschaft und Kommunale Agenda 21 untrennbar zusammengehören und zusammengeführt werden müssen. Die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung veranstaltete deshalb Ende Januar in Kooperation



litik darf aus zum Teil berechtigten Frustrationen oder Ermüdungserscheinungen heraus nicht verspielt werden.

Je knapper die finanziellen und personellen Ressourcen werden, desto wichtiger wird das Setzen von Schwerpunkten, das Ausdenken von Strategien, ein Abwägen von Kosten und Nutzen im Dialog mit der Bürgerschaft und damit das Prinzip der Nachhaltigkeit. Alois Glück bezeichnet Nachhaltigkeit als einen ursprünglichen Wert konservativen Denkens, das sich heute mehr als bisher auf die Zukunftsverantwortung richtet. Wenn auch der derzeitige offenkundige Geldmangel keine hinreichende Begründung für eine Zukunftsstrategie, Bürger aktiver zu beteiligen, sein kann, dann soll Geldmangel erst recht nicht zum Hinderungsgrund für eine nachhaltige Bürgerkommune werden.

Wir müssen schon deshalb neue Beteiligungsformen suchen und den Dialog mit der aktiven Bürgerschaft pflegen, weil wir uns nicht zufrieden geben können mit Wahlbeteiligungen bei OB- und Bürgermeisterwahlen von unter 50 Prozent.

Eine Kommune, die sich der Agenda 21 verpflichtet fühlt, sorgt aber auch dafür, dass der Nutzen kommunaler Leistungen und Angebote nachhaltig ist. Ich meine, wir können deshalb mit dem Begriff „Nachhaltige Bürgerkommune“ besser als bisher mit den getrennten Bereichen Agenda oder aktive Bürgergesellschaft verdeutlichen, dass Nachhaltigkeit alle Bereiche der Kommunalpolitik umfasst. Kommunalpolitik darf nicht wie derzeit vor allem die Bundespolitik auf schnelle und kurzfristige Aktionen und Aktionismus aus sein. Um ihrer noch hohen Glaubwürdigkeit willen darf sie sich auch im Tagesgeschäft möglichst wenig gegen die Nachhaltigkeit versündigen. Zudem ist der Dialog über die Zukunft einer Kommune zwischen den Entscheidern auf der einen und Bürgern, Vereinen und Wirtschaft auf der anderen Seite an sich eine Daueraufgabe in einer Demokratie vor Ort. Nachhaltiges Handeln im Dialog bleibt damit zentrales Anliegen moderner Kommunalpolitik.

Max. Gaul

Die Bürger als Partner ernst nehmen

on mit dem Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ein Expertenhearing zur „Nachhaltigen Bürgerkommune“ dessen Ziel die Integration der Lokalen Agenda 21 mit dem wichtigen Prinzip des Dialogs und der Nachhaltigkeit in das Leitbild Bürgerkommune sein sollte.

Die besondere Qualität der Bürgerkommune liegt in der Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretung und Verwaltung. Es geht um die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerorientierung und damit um die Ergänzung repräsentativer Entscheidungsformen. Viele Kommunen befinden sich wohl immer noch in dem Übergang zur Dienstleistungskommune. Dabei besteht die Gefahr, dass eine zu starke Betonung des Aspekts der Dienstleistung das Engagement der Bürgerschaft unter Umständen sogar erschwert, da der Bürger sich dabei leicht und mancher auch gern als reiner Konsument, weniger als Mitgestalter des Gemeinwesens, Produzent sozialer Leistungen und Partner in Rechten und Pflichten begreifen kann. Dienstleistungskommune kommt dem Zeitgeist mit Anspruchsdenken gut entgegen, Bürgerkommune nimmt den Bürger als Partner in seiner Mitverantwortung ernst.

Die Agenda-Arbeit hat ohne Zweifel auch über die 30 Prozent der beteiligten bayerischen Kommunen hinaus für einen großen Schub bei Bürgerbeteiligung und Mitwirkung gesorgt. Dieses Kapital für die Kommunalpo-

der Daseinsvorsorge ein Stück weit in Bedrängnis bringen. Wir benötigen deshalb dringend einen weit gefassten Kriterienkatalog. Wo es um den Kernbestandteil der kommunalen Selbstverwaltung geht, darf sich die EU nicht einmischen.“

Höllisch aufpassen

„Höllisch aufpassen“ müssten die Kommunen beim Punkt Verfassungsvertrag und Rahmenrichtlinien. Hier sei die Konfrontation vorprogrammiert. Die linken Parteien auf europäischer Ebene präferierten eine Rahmenrichtlinie und unterstützten damit einen Passus der Daseinsvorsorge im Verfassungsvertrag. Dies aber würde die Probleme nach Einschätzung Radwans nur noch verstärken, denn: „Eine Rahmenrichtlinie kann ein Beihilfeproblem nicht lösen, führt aber dazu, dass zu einem nicht geringen Teil auf europäischer Ebene die Ausgestaltung der Daseinsvorsorge definiert wird. Dies widerspricht aber unserem klassischen deutschen Staatsaufbau.“

Als weiteres problematisches Thema bezeichnete Radwan die Richtlinien zur Konzessionsvergabe, sprich zu der Frage, unter welchen Bedingungen Kommunen künftig ausschreiben müssen. Auch hier sei der Diskussionsbedarf groß.

Qualität muss vor Ort festgeschrieben werden

Was das Thema Wasserversorgung anbelangt, forderte der

Miesbacher Abgeordnete die Beibehaltung der kommunalen Zuständigkeit. Auf kommunaler Ebene müssten Strategien entwickelt werden. Deutschland

laufe Gefahr, keine großen Wasserversorger mehr im eigenen Lande zu haben. Qualität, so Radwan, müsse jedoch vor Ort festgeschrieben werden. DK

Finanzloch belastet die Sozialpsychiatrie

Staat soll mit Bezirken und Diensten verhandeln
Vorfinanzierung abgelehnt

Die Sozialpsychiatrischen Dienste bleiben in Bayern vorerst in einem Schwebestadium, was ihre Finanzierung betrifft. Bis Ende letzten Jahres war das in entsprechendem Umfang Aufgabe der Bezirke. Ein Dringlichkeitsantrag der Grünen, die Staatsregierung solle mit den Krankenkassen über Zuschüsse neu verhandeln, die bis Ende 2002 gewährt werden, und einwilligen die Finanzierungslücke aus dem Staatshaushalt schließen, wurde im Sozialausschuss des Landtags von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Ziel der Verhandlungen mit den Kassen sollte es laut Grünen-Antrag sein, einen 18prozentigen Finanzierungsausschuss für die Dienste zu erreichen. Da der bayerische Staat bis 1996 sowieso 50 % der Personalkosten der Dienste übernommen hatte, sei eine vorübergehende Fehlbedarfsfinanzierung sehr wohl vertretbar, hieß es ferner in dem von der Abgeordneten Renate Ackermann im Ausschuss vertretenen Fraktionsantrag. Auch die Bezirke hätten schon signalisiert, einzuspringen.

Sozialministerin Christa Stevens bestätigte das. Oberbayern habe bereits vorfinanziert. Andererseits dürften die Kassen nicht aus der Verantwortung entlassen

werden. Die CSU-Abgeordneten Christa Matschl, Joachim Unterländer und Dr. Thomas Zimmermann erklärten entsprechend, der Staat könne die Lücke schon aus grundsätzlichen Überlegungen nicht schließen. Unterländer warf den Kassen kleinkariertes Verhalten vor, weil sie die volkswirtschaftlichen Konsequenzen ihrer Weigerung nicht bedächten. Die Ministerin plädierte langfristig für einen Abbau der Heimplätze und die Verwendung der dadurch bei den Bezirken gesparten Mittel für die billigere ambulante Pflege.

Beschlossen hat der Landtag schon, im Sinne des 2. Landesplans zur Versorgung psychisch Kranker im Sozialausschuss eine Anhörung durchzuführen. rm

CeBIT Hannover 2004 vom 18. bis 24. März:

Trends und Themen

Autonome und flexible Systemarchitekturen / Prozessmanagement und Kostenmanagement / Mobile Infrastrukturen

Kostenreduzierung hatte in den vergangenen Jahren oberste Priorität bei den professionellen Anwendern von Informations- und Telekommunikationstechnik. Dadurch wurden Innovationen - gerade auch bei der öffentlichen Hand - verzögert. Jetzt sind Erneuerungen unabwendbar. Vor diesem Hintergrund unterstreicht die CeBIT 2004 ihren Charakter als weltweit bedeutendste Trendmesse und Informationsplattform.

Als strategische Herausforderungen der nächsten drei Jahre gelten autonome und flexible Systemarchitekturen, die Verknüpfung operativer Abläufe im Sinne des Prozessmanagements, die digitale Fabrik, Kostenmanagement und mobile Infrastrukturen - von lokalen drahtlosen Netzwerken (WLAN) bis zu internationalen Collaboration-Konzepten auf Basis des Internet Protocol (IP).

Topp-Thema Sicherheit

Topp-Themen sind auch Sicherheit, die über die Verfügbarkeit von Informationen entscheidet und eGovernment, das nicht nur die öffentliche Verwaltung modernisiert und von bürokratischen Verkümmern befreit, sondern den Unternehmen auch Kosten spart. Die EU-Kommission hat analysiert, dass jeder Euro, den die öffentliche Hand in IT investiert, eine Rendite von 1,80 Euro erbringt.

Das im vergangenen Jahr zum Hype-Thema aufgewertete On-demand-Computing fordert als fundamentaler Architekturwechsel konzeptionelles Denken ein. Die großen IT- und Servicekonzerne arbeiten an Komponenten, die Computern und Speichern die Fähigkeit zur Selbstheilung sowie -konfiguration und -optimierung verleihen. Indem diese stabilen IT-Ressourcen virtualisiert werden, sind sie von allen

Sparen nicht auf Kosten ...

(Fortsetzung von Seite 1) auf Arbeit und Verbrauch an den Gesamtsteuereinnahmen von 37,5 Prozent im Jahr 1960 auf 79,2 Prozent im Jahr 2002 erhöht hat. Die Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlag) seien dagegen im gleichen Zeitraum von 34,7 Prozent auf 12,2 Prozent zurückgegangen. Deimer zufolge findet hier „eine gigantische Umverteilung zu Lasten der Erwerbstätigen und zu Gunsten der gewinnstarken Unternehmen“ statt.

Sparmaßnahmen zurücknehmen

Der Vorsitzende forderte den Freistaat auf, das Ziel, die Netto-Neuverschuldung im Staatshaushalt bis zum Jahr 2006 abzubauen, um zwei Jahre zu verlängern und einen Teil der Sparmaßnahmen zurückzunehmen. Zwar unterstützten die Städte grundsätzlich die Absicht, die Staatsverschuldung abzubauen, sie hielten das Tempo allerdings für überzogen. Man befürchte aufgrund der rigiden Sparpolitik des Freistaats die Demontage der sozialen und ökonomischen Infrastruktur in den Städten.

Wie Deimer erläuterte, gingen allein im kommunalen Finanzausgleich die Zuschüsse des Staates an die Städte und Gemeinden für Hochbaumaßnahmen, für den Abwasserbereich und den Straßenbau um über 190 Millionen Euro zurück. Bei der Städtebauförderung würden rund 22 Millionen Euro gestrichen. Diese Maßnahmen treffen die Infrastruktur der Kommunen und

Anwendungen nutzbar - die Systemauslastung steigt. Durch die enge Koppelung an die Unternehmensprozesse reagieren sie flexibel auf die Geschäftsbedürfnisse - Ressourcen schalten sich nach Bedarf (on demand) automatisch zu oder werden von externen Anbietern zugekauft.

Technische Grundlagen

Auf der CeBIT 2004 stehen die technischen Grundlagen - Marktforscher sprechen von Adaptive-, Utility-Computing oder Organic-IT - für das Realtime-Unternehmen der Zukunft zur Diskussion. Der Entwurf verlangt Weichenstellungen und neue Technologien: Server- und Speicher-Virtualisierung, die Zusammenschaltung dieser Ressourcen in Grid-Netzen, die Sicherstellung der Breitbandkommunikation, die Festlegung auf wenige Betriebssysteme und Entwicklungs-Plattformen wie Dotnet oder J2EE. Der Architekturwettbewerb fordert auch fortgesetzte Anstrengungen bei der Konsolidierung und Anwendungsintegration. Letzteres verleiht zwei Standards eine höhere

Aufwendungen für Sozialhilfe ...

(Fortsetzung von Seite 1) unterhalt, sondern im wesentlichen bei Hilfen für besondere Lebenslagen liegt, zum anderen,

wirkten sich fatal auf die örtliche und regionale Bauwirtschaft aus. Ohne Staatshilfe könnten die Städte weder sanieren noch neue Baumaßnahmen beginnen.

Effektive Strukturen

Mindestens genauso problematisch sei es für die Städte und Gemeinden aber, dass der Staat seinen Rotstift massiv im Sozial-, Kultur- und Sportbereich ansetzt, fuhr Deimer fort. Betroffen davon seien viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Verbänden und Institutionen, die wichtige gesellschaftliche Arbeit leisten. Bereits jetzt zeichne sich ab, dass Volkshochschulen, Sportvereine und Selbsthilfeorganisationen an die Rathaustüren klopfen, um die ausfallenden Staatszuschüsse ersetzt zu bekommen. Damit stünden die Kommunen vor der Entscheidung, entweder selbst in die Kasse zu greifen, was sie vielfach einfach nicht mehr können, oder zusehen zu müssen, wie effektive Strukturen im sozialen, sportlichen, kulturellen Leben der Städte kaputt zu gehen drohen. Eine solche Entwicklung führe letztlich zu einer Verarmung der Stadtgesellschaft.

Mit Blick auf die Verwaltungsreform appellierte der Städtetagsvorsitzende schließlich an die Staatsregierung, dem Leistungsabbau einen Bürokratieabbau folgen zu lassen. Deimer: „Wenn beispielsweise die Städtebauförderung mehr oder weniger eingestellt wird, dann müssen auch die Antrags- und Bewilligungsstellen abgebaut werden.“ **DK**

Wertigkeit: den für die automatische Interaktion von Programmen zuständigen Webservice und die Extended Markup Language (XML), mit der Geschäftsprozesse auf unterschiedlichen Ebenen beschrieben werden.

Die Zukunft vorausdenken

Ein besonderes Augenmerk gilt 2004 der Forschung. Die Institute und Universitäten denken prototypisch die Zukunft voraus mit Produkten wie intelligente Textilien, Bildschirme zum Aufrollen, autarke Mikrosysteme oder digitale Lebewesen als Benutzerhilfe. Und sie beherrschen auch die Technologien, die das Privat- sowie das Berufsleben verändern.

So fließen durch die Augmented Reality virtuelle Informationen in reale Umgebungen ein, die Ambient Intelligence macht das Leben leichter: Mikroskalige, drahtlos vernetzte Rechner werden in Alltagsgegenstände eingebettet und verwandeln diese in aktive Subjekte, die sich Bedürfnissen anpassen - das Haus wird komfortabler und energiesparender, die Arbeitseffizienz im Büro steigt durch aufmerksamere Hintergrundintelligenz, Autos wissen über Verkehr, Straßenführung und Beschaffenheit mehr als der Fahrer, und die technischen Geräte nehmen sich durch Sprach-, Mikrok- und Gestenerkennung benutzerfreundlicher.

dass die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die jährlich wachsenden Leistungen zu erfüllen. Zellner: „Die Menschen mit bestehender oder drohender Behinderung haben aber berechnete Ansprüche. Wir dürfen sie nicht im Regen stehen lassen. Als einzige mögliche Lösung sehen wir ein Bundesgesetz, das die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufteilt. Kurz- bis mittelfristig kann jedoch nur der Freistaat Bayern den Kommunen helfen.“

Keine Rücksicht auf Leistungsfähigkeit

Darüber hinaus nehmen die Rechtsbestimmungen des sozialen Leistungsrechts auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der zur Ausführung verpflichteten Träger keinerlei Rücksicht. Hölzlein zufolge führt eine unbegrenzte Leistungsverpflichtung ohne Blick auf die öffentlichen Haushalte „zur absoluten Leistungsunfähigkeit der Sozialsysteme und damit zur Katastrophe“. Gesetzliche Vorgaben müssten daher auch Ausgabenbegrenzungen ermöglichen.

Trend wird sich fortsetzen

Der Trend der steigenden Sozialhilfeausgaben der Bezirke um jährlich rund 146 Mio. Euro werde sich auch künftig fortsetzen. Wie Hölzlein bemerkte, liege darin ein bislang erhebliches unterschätztes Finanzierungsproblem, das über das Umlagensystem nicht nur die Umlagenempfänger wie Landkreise und Bezirke, sondern alle Kommunen betrifft. Der Präsident wies auf den Doppelhaushalt 2005/2006 hin und stellte in diesem Zusammenhang fest, „dass ohne Änderung der Leistungsgesetze die staatlichen Leistungen um mindestens 100 Mio. Euro pro Jahr

Die Telekommunikationsbranche optimiert den breitbandigen Zugang zu Informationen für Unterhaltung und Business. In Ballungszentren breitet sich das UMTS-Netz (Universal Mobile Telecommunications Service) für mobile Sprach- und Datendienste langsam aus. Zwar bleiben die erste und zweite Mobilfunkgeneration mit Datenübertragungsraten von 9,6 (GSM, Global System for Mobile Communication) und 115 Kilobit pro Sekunde (GPRS, General Packet Radio Services) intakt, doch die Zukunft gehört der UMTS-Infrastruktur mit Übertragungsraten von 2,5 Megabit pro Sekunde. Zwei Wachstumstreiber wachsen zusammen: die Mobilfunk- und die Internet-Dienste - die mobilen Multimedia-Services mit Bild-, Ton-, Sprache-, Video- und Datenkomponenten nehmen Formen an.

SMS, MMS und 3G-Handy

Jenseits des beliebten Short Message Service (SMS) bereichert der Multimedia Message Service (MMS) die Privatkommunikation: Nachrichten von Handy zu Handy enthalten auch Sound, Farbgrafiken und angehängte Dateien. Grußkarten, Bildschirmschoner, Postkarten, Visitenkarten, Landkarten, Zeichentrick-Animationen, interaktive Videos oder Gesprächsaufzeichnungen fließen von einem 3G-Handy (3G = Dritte Generation) zum anderen.

Ad-hoc-Netze, die sich je nach Position des Teilnehmers ohne weitere Infrastruktur temporär aufbauen, öffnen neue Anwendungsfelder wie beispielsweise die Car-to-car-Kommunikation zwischen fahrenden Autos.

Für den regional begrenzten Zugang zu Internet und Intranet

aufgestockt werden müssen“.

Diese Ausgaben von zusammen rund 2 Milliarden Euro können laut Zellner und Hölzlein von den Kommunen nicht mehr geschultert werden. Der Freistaat habe zwar im Hinblick auf die Zusage des Bayerischen Ministerpräsidenten beim Bayerischen Landkreistag im Mai 2003 die Ausgleichsmittel an die Bezirke von 300 Millionen Euro um 140 Millionen Euro auf 440 Millionen Euro angehoben. Das bedeute jedoch lediglich eine Entlastung der Bezirke um 22 Prozent. Von diesen 440 Millionen Euro stammten überdies nur 252 Millionen Euro aus allgemeinen staatlichen Haushaltsmitteln. Die restlichen 188 Millionen Euro hätten die Kommunen aus dem KFZ-Steuerverbund zu finanzieren.

Verpflichtung des Staates

Gemeinsam forderten Theo Zellner und Manfred Hölzlein, die Verpflichtung des Freistaates Bayern:

„sich für ein eigenes Leistungsgesetz im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und eine angemessene Beteiligung des Bundes und der Länder an diesen Kosten einzusetzen, sich für eine Änderung des § 17 SGBI und des neuen § 75 Abs. 3 Satz 2 SGB XII einzusetzen, damit künftig auch die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte bei der Ausgestaltung von Sozialleistungen und beim Abschluss von Vereinbarungen mit Einrichtungen und Diensten zur Leistungserbringung angemessen berücksichtigt wird und die gemäß Beschluss der Bayerischen Staatsregierung angestrebte Verbesserung des durchschnittlichen Personalschlüssels in der Pflege von jetzt 1 : 2,4 auf 1 : 2,2 nicht umzusetzen.“ **DK**

konkurrieren Bluetooth- mit den billigeren W-LANs.

Bei der Netzwerktechnik beeinflussen Trends wie Telefonieren über das Internet (Voice over IP), bessere Service Level für breitbandige Anwendungen, höhere Sicherheit, Mobilität und die neue IP-Version 6 die Aufgabenstellung von Netzen zu steigern, haben die Hersteller ihre Komponenten weiter verbessert.

Multifunktionssysteme

Bei den Büro-Peripheriesystemen hält sich neben der Leistungssteigerung hinsichtlich des Outputs der Trend zu Multifunktionssystemen, die drucken, faxen, kopieren, scannen und Mails versenden. Inzwischen erarbeiten die Hersteller spezielle Monitoring-Tools, die Output-Systeme betriebswirtschaftlich beurteilen. Trotz der technischen Ausgereiftheit der Output-Systeme entstehen immer wieder verblüffende Neuerungen: Ein spezieller Lasertoner beispielsweise lässt sich durch Erwärmung vom Papier lösen und spart so Papier.

Die Röhrenbildschirme haben ausgedient. TFT-LCD-Displays sind preiswert, besitzen eine scharfe Auflösung, strahlende Helligkeit sowie verzerrungsfreie Darstellung. Außerdem verbrauchen sie weniger Strom und geben weniger Wärme ab. Bei Standard-Flachbildschirmen steht eine Preissenkung ins

Dialog mit den ...

(Fortsetzung von Seite 1)

währleistet werden kann. Es wäre fatal, so Brandl, wenn sich der Blick staatlicher Reformer auf die Kostenseite verengt und der Schutz lebensnotwendiger Güter nicht mehr in den Händen fachkundiger Verwaltungen vor Ort läge. Auch die Bürger wünschten sich, wenn es um „ihren“ Wald und um „ihr“ Wasser geht, Ansprechpartner in ihrer Nähe und nicht in fernen Mammutbehörden.

Für Beibehaltung der Gewerbesteuer

Ebenso wie Städtetagsvorsitzender Deimer sprach sich der Gemeindetagspräsident für die Beibehaltung der Gewerbesteuer aus. Einen gleichwertigen Ersatz werden die Gemeinden nach Brandls Ansicht nicht bekommen. Die Abschaffung der Steuer, von der die Kommunen erheblich profitieren, hält er auch verfassungsrechtlich für bedenklich. Brandl forderte Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung auf, „jetzt endlich eine echte Gemeindefinanzreform in Angriff zu nehmen, die diesen Namen auch verdient“. Die Gemeinden benötigten neue Steuermodelle, vorzugsweise Mischmodelle, die eine solide Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen.

Befremden über neue Forderungen der Bezirke

Die Ergebnisse des bayerischen Finanzausgleichs bewertete Brandl als gemeinsam gefundenen Kompromiss. Die Anhebung der Mittel für den Sozialhilfeausgleich zugunsten der bayerischen Bezirke von 300 Mio. Euro auf 440 Mio. Euro sei mit der Erwartung verknüpft gewesen, dass damit die Bezirke ihre Umlagen stabil halten würden. „Mit Befremden“ nimmt der Präsident deshalb die aufgeflammete Diskussion um die Erhöhung der Bezirksumlagensätze in vier Bezirken wahr. Er forderte die Bezirke auf, diese Diskussion alsbald zu beenden und Einsparmaßnahmen zu ergreifen, damit es zu keinen Umlagerhöhungen kommt.

Obwohl der Topf für die

Haus. Das gesamte Gebiet der Peripherie bleibt innovativ, das gilt für kleine lichtstarke Digitalprojektoren ebenso wie für Kugelschreiber mit eingebauter Kamera. Als mobile Speicher etablieren sich auf Kosten der Disketten die kleinen Flash-Drives, die am Universal-Serial-Bus-Port (USB) eingesteckt werden und schon Speicherkapazitäten von bis zu zwei Gigabyte erreichen.

Trotz des Mobil-Booms werden immer noch doppelt so viele Schreibtisch-PCs verkauft. Das Standard-Business-System sieht den Intel-Pentium-4-Prozessor vor, als Betriebssystem Windows XP Professional und die Office-Suite - als Alternative stehen Linux und Opensource-Büropakete parat.

Steigender Speicherbedarf

Die Leistungsfähigkeit der Server hat sich durch die 64-Bit-Prozessoren verbessert. Partitions- und Cluster-Konzepte sowie Automatisierungstechniken wie die Komponenten zur Selbstheilung und -konfiguration, machen die Server sicherer und stabiler. Ungebremst steigt der Speicherbedarf. Der Anwender braucht sich nicht mehr den Kopf zu zerbrechen, wo die Daten vom Storage-System physikalisch abgelegt werden, wichtig ist nur, dass der entsprechende Speicherort für die Anwendungen vorhanden ist. **DK**

Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 2.056 Mio. Euro geblieben ist, bekommen in diesem Jahr viele Gemeinden deutlich weniger Schlüsselzuweisungen als bisher. Das trifft vor allem Gemeinden in Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben. Die Gründe dafür liegen laut Brandl auf der Hand: Weil bei den Gemeinden entlang der ehemals innerdeutschen Grenze und der Grenze zu unseren östlichen Nachbarländern in den vergangenen Jahren die eigenen Steuereinnahmen drastisch eingebrochen sind, zum Teil um 50 Prozent und mehr, erhalten diese Gemeinden in Oberfranken, Unterfranken, der Oberpfalz und Teilen Niederbayerns jetzt mehr Schlüsselzuweisungen. Es bleibt für die übrigen Gemeinden damit weniger Verteilungsmasse. Damit spüren jetzt auch jene Gemeinden die Finanznot hautnah, die bisher weitgehend davon verschont geblieben waren.

Konkrete Veränderungen

Konkret ergeben sich im Jahr 2004 folgende Veränderungen: Die Gemeinden in Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben bekommen über den kommunalen Finanzausgleich in diesem Jahr deutlich weniger an Schlüsselzuweisungen als bisher. So beziehen die Gemeinden in Oberbayern 42,8 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr. Das ist ein Minus von 21,2 Prozent. Die Gemeinden Mittelfrankens erhalten 15,3 Millionen Euro weniger (minus 6,9 Prozent) und die schwäbischen Gemeinden müssen mit 10 Millionen Euro weniger auskommen (minus 4,8 Prozent). Niederbayerns Gemeinden müssen lediglich ein Minus von 1,9 Millionen Euro (minus 1,0 Prozent) hinnehmen. Die „Gewinner“ sind die von der kommunalen Finanznot bislang besonders getroffenen Gemeinden in Oberfranken. Sie bekommen 187,4 Millionen Euro gegenüber 142,2 Millionen Euro im vergangenen Jahr; das ist eine Steigerung um 31,8 Prozent. Unterfränkische Gemeinden (plus 8 Prozent) und Gemeinden in der Oberpfalz (plus 7,5 Prozent) können ebenfalls, wenn auch geringere, Zuwächse erwarten. **DK**

Öffentliche Vergabe von Bauleistungen:

Schluss mit dem Kopiermarathon

In immer mehr Ausschreibungsstellen ist endlich Schluss mit dem „Kopiermarathon“ vor dem Submissionstermin: Einfachere Vergabeabwicklung und sofortige Reduzierung der Prozesskosten durch Online-Ausschreibungen von langjährigen Anwendern bestätigt.

Leere Gemeindegassen, Sparzwang, immer weniger Mitarbeiter, die immer mehr Arbeit bewältigen müssen: An der Finanzknappheit der Kommunen wird sich vermutlich auch in Zukunft nicht viel ändern. Umso wichtiger, dass umständliche Abläufe „entschlackt“ und wertvolle Personalressourcen nicht länger unnötig blockiert werden. Die bayerische Staatsanzeiger Online Logistik GmbH bietet bereits seit 5 Jahren eine nach VOB/L/F rechtssichere Online-Ausschreibungsdatenbank an. Der Arbeitsaufwand und damit die Prozesskosten bei der Submission werden dadurch deutlich gesenkt. Die frohe Botschaft von der Online-Ausschreibung ist zwar längst noch nicht in alle Städte und Gemeinden vorgedrungen, aber Bayern ist den übrigen Bundesländern auch hier um eine Nasenlänge voraus: Schon über 350 öffentliche Ausschreiber haben hier auf die elektronische Vergabe mit SOL umgeschwenkt.

Früher herrschte Ausnahmezustand

Wenn in der Stadtverwaltung von Donauwörth früher Ausschreibungen für Bau- oder Ausbaumaßnahmen gemäß VOB verschickt werden mussten, herrschte der Ausnahmezustand: Zwei Mitarbeiter waren eine

ganze Woche lang nur damit beschäftigt, die meist sehr umfangreichen Leistungsverzeichnisse zu vervielfältigen, zusammenzustellen, zu binden und schließlich an die Bieter zu versenden. „Unser Hauptkopierer brach unter den umfangreichen Kopieraufträgen regelmäßig zusammen“, erinnert sich Dirk Feil, Dipl.-Ingenieur für Stadtbau und EDV-Beauftragter der Stadt Donauwörth. „Darunter litt das gesamte Betriebsklima: Viele Mitarbeiter reagierten spürbar gereizt, wenn sie stundenlang warten mussten, bis der Kopierer endlich wieder frei und vor allem funktionstüchtig war. Die Leistungsverzeichnisse haben immerhin oft hundert Seiten Umfang, und wenn diese dann für mehrere Bieter vervielfältigt werden müssen...“

Alle Standards

Seit einem Jahr haben Unannehmlichkeiten und schlechte Stimmung ein Ende: Im Januar 2002 führte Donauwörth das elektronische Ausschreibungsverfahren über die Plattform der Staatsanzeiger Online Logistik GmbH, kurz SOL, ein. Die von SOL entwickelte Anwendung erfüllt alle Standards nach VOB, VOL und VOF. Nach dem Einsetzen der Ausschreibungsunterlagen in die SOL-Datenbank im Internet sind die Informationen

für die Bieter direkt online abrufbar. Bei Interesse können sie das entsprechende Leistungsverzeichnis per Mausklick selbst ausdrucken oder anfordern. Die Bestellung wird an ein Druckzentrum weitergeleitet, das die Unterlagen wunschgemäß zusammenstellt und zuschickt. Für



Online geht der Ausschreibungsprozess viel schneller: Peter Fröber, Leiter der Bauverwaltung in Neustadt bei Coburg, hat bei seinen Mitarbeitern die elektronische Ausschreibung über die SOL-Plattform eingeführt.

die ausschreibende Behörde entfällt damit die gesamte Bearbeitung der Bieteranfragen, was in der Praxis eine enorme Arbeits erleichterung bedeutet.

Einsparpotenzial durch papierlose Ausschreibung

Motivation für die Umstellung des Ausschreibungsprozesses auf den elektronischen Weg war für die Stadtverwaltung Donauwörth vor allem die erhebliche Zeit- und Kostenersparnis. Diese

Erwartungen haben sich in den Augen von Dirk Feil auch voll erfüllt:

„Mit SOL als Vergabe-Plattform fällt der ganze Aufwand weg, unsere Material- und Versandkosten haben sich erheblich reduziert und auch die Personalressourcen sind nicht mehr so häufig tagelang blockiert.“ Als EDV-Beauftragter von Donauwörth hatte Dirk Feil auch einfach Lust, sich mit der Sache auseinanderzusetzen: „Für mich sind Internet und papierlose Ausschreibung ganz klar die

Zukunft. Da können und wollen wir uns als moderne und progressive Verwaltung nicht verschließen.“

Seine ersten Gehversuche

beim Ausfüllen der Online-Formulare beschreibt Dirk Feil zwar als etwas mühsam, aber das System hat sich inzwischen bewährt: „Wenn man sich einmal richtig damit beschäftigt hat, ist es wirklich ganz einfach. Bis wir allerdings unsere internen Technik-Probleme gelöst hatten, hat es bei uns eine Weile gedauert.“ Als Server und Firewall der Stadtverwaltung endlich passend konfiguriert waren, ging auch die Dateneingabe viel leichter von der Hand: „Jetzt flutscht es richtig“, freut sich Feil.

Seit fünf Jahren beim Deutschen Museum bewährt

Simone Bauer aus der Bauabteilung des Deutschen Museums in München sieht das genauso: „Die Umstellung auf die elektronische Vergabe ist eine sehr praktische Sache, die sich bei den öffentlichen Ausschreibern immer stärker durchsetzen wird.“ Im Deutschen Museum hat sich das System von SOL bereits 5 Jahre zuverlässig in der Praxis bewährt und Frau Bauer möchte es nicht mehr missen: „Für uns hat sich der ganze Aufwand mit dem Papierkram, der mit Vervielfältigung und Versand der Unterlagen auf herkömmlichen Weg verbunden ist, auf ein Minimum reduziert. Mit dem Ausfüllen der Formulare ist die Arbeit für uns erst einmal erledigt, bis die ersten Angebote der Betriebe eintreffen.“

Nach einer kurzen Einarbeitungsphase schaffte Frau Bauer die Bearbeitung des Ausfüllformulars in 20 Minuten. „Am Anfang hat es schon mal ein bisschen länger gedauert. Aber die Unterstützung durch das Team von SOL ist wirklich super: Es gab eine ausführliche Schulung

Informationen

Staatsanzeiger Logistik Online GmbH, Prager Straße 1, D-82008 Unterhaching, Tel.: (089) 69 39 07-0, Fax: (089) 69 39 07-55; www.baysol.de
Bauamt des Deutschen Museums, Simone Bauer, Museuminsel 1, D-80538 München, Tel.: (089) 2179-457, Fax: (089) 2179-324; www.deutsches-museum.de
 Dirk Feil (Dipl.-Ing. für Stadtbau), als **EDV-Beauftragter bei Donauwörth**, Tel.: 0906-789615, dirk.feil@donauwoerth.de

im Haus und im Notfall kann man über die kostenlose Hotline rund um die Uhr Hilfe anfordern. SOL hat uns nie allein gelassen.“

Enormer Zuwachs

Nicht nur in der Bauabteilung des Deutschen Museums weiss man das Angebot der SOL-Datenbank zu schätzen: Inzwischen sind allein in Bayern mehr als 350 öffentliche Auftraggeber bei der Plattform von Staatsanzeiger Online Logistik registriert, insgesamt rund 20.000 Ausschreibungen wurden bereits erfolgreich abgewickelt. Peter Schöller, Vertriebsleiter bei SOL, kann zufrieden sein: „Seit dem Start unserer Plattform haben wir vor allem in Bayern einen enormen Zuwachs verzeichnet. Die Zukunft der öffentlichen Vergabe liegt eindeutig im Internet.“ Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Die Kommunen sollten mit der Entscheidung für das elektronische Vergabeverfahren nicht zu lange zögern, denn die Einsparungen machen sich in der Gemeinde- oder Stadtkasse unmittelbar bemerkbar.

ware rückgängig machen. Am besten ist es, die betroffenen Mitarbeiter ausführlich zu schulen und ihnen gut ausgearbeitete Materialien zum Nachschlagen zur Verfügung zu stellen

5. Die Zuständigkeiten sind zwar vorhanden, werden aber den Mitarbeitern nicht kommuniziert. Manch ein Projekt scheitert daran, dass Zuständigkeiten nicht genügend klar geregelt sind. Das ist ein Problem, das besonders häufig bei der Matrixorganisation auftritt.

6. Die Dokumentation ist lückenhaft, es fehlt ein klares Pflichtenheft. Über das Pflichtenheft hat die GZ schon mehrfach berichtet. Es ist unabdingbar (Fortsetzung nächste Seite)

Erfahrungen mit Linux in München:

Der Teufel steckt im Detail

Von Prof. Klaus Jamin

Die Umstellung von einem Betriebssystem zum anderen war noch nie einfach. Fehler sind nicht zu vermeiden, vor allem wenn es um sehr komplexe Probleme wie bei der Stadt München geht. So berichtete die Computerwoche vom 9. Januar 2004 auf der Titelseite „Linux für München: Der Teufel steckt im Detail.“ Das hatten die Fachleute bei der Zukunftswerkstatt der Bayerischen Gemeindezeitung in Garching „Die virtuelle Behörde“ im Juli 2003 und in der GZ Sonderbeilage vom 2. Oktober allerdings auch deutlich gesagt.

Bei jeder Veränderung gibt es ungeplante und ungeahnte Probleme, die überwiegend an der menschlichen Unzulänglichkeit liegen, sich auf neue Situationen einzustellen. So auch bei der Informatik. Einige Probleme kann man abfangen, andere sind selbst bei sorgfältiger Vorbereitung unvermeidbar. So berichtet zum Beispiel die o. g. Computerwoche auf Seite 12, dass einige Mitarbeiter der Stadt München der Umstellung sehr skeptisch gegenüberstehen. Aber wie will man auch alle Mitarbeiter in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen? Individuelle Schulung und Einweisung wäre notwendig aber hier fehlt nicht nur der Stadt München das Geld sondern auch vielen Unternehmen. Ein gutes Projektmanagement könnte hier helfen, es verhindert Fehler, von denen einige exemplarisch aufgezählt werden sollen.

1. Unklare Zielvorgaben. Werden Ziele nicht eindeutig formuliert, kann man die Zielerreichung auch nicht überprüfen. Messbare Kriterien müssen bei der Zieldefinition vorgegeben werden

2. Projektleitung ist im Projektmanagement nicht geschult.

3. Umstellung ist immer Projektmanagement. Ohne grundlegende Kenntnisse im Projektmanagement dürfte kein Projekt in der Praxis durchgeführt werden. Leider ist der ausgebildete Projektleiter die Ausnahme.

4. Risiken werden nicht genügend beachtet. Alle Projekte bergen große Risiken. Nicht ohne Grund kann man zum Beispiel die Installation guter Soft-

GZ-Interview mit Dr. Ursula-Christina Fellberg:

Behörden-Services entlang der gesamten Wertschöpfungskette

Die Ausschreibung der Umstellung von der Kameralistik auf ein doppisch-kaufmännisches Rechnungswesen in Nürnberg wurde von Siemens Business Service gewonnen. Der IT-Service-Anbieter wartet mit Offerten aus einer Hand entlang der gesamten IT-Dienstleistungskette auf. Über das Nürnberger Engagement und weitere Leistungen für die öffentliche Hand sprachen die Branchenleiterin Public Sector bei Siemens Business Service, Dr. Ursula-Christina Fellberg, und GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Die Städte und Gemeinden müssen kostentransparent wirtschaften. Siemens Business Service hat jetzt das Haushalts- und Kassenwesen der Stadt Nürnberg von der Kameralistik auf ein doppisch-kaufmännisches Rechnungswesen umgestellt. Wie lief dies ab?

Fellberg: Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass der Öffentliche Dienst die Einführung von Standardsoftware bei weitem noch nicht so stark verfolgt wie die Industrie. Wir stehen hier erst am Anfang einer Entwicklung. Es besteht noch Nachholbedarf. Der Nürnberger Auftrag zählt zu den großen SAP-Projekten unseres Hauses im Bereich des Öffentlichen Dienstes. Das Konzept NRN - „Neues Rechnungswesen Nürnberg“ setzt auf eine 3-Komponenten-Rechnung aus Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung. Um auf das neue doppische Finanzwesen auf der Basis von SAP-Software umzustellen, stellten die IT-Berater zunächst alle Prozesse des Rechnungswesens methodisch zusammen. Im nächsten Schritt wurde die betriebswirtschaftliche Machbarkeit überprüft.

Prototypisches Vorgehen

Für die Umsetzung mit der SAP-Lösung wurde schließlich ein prototypisches Vorgehen gewählt, d.h. der Prototyp wird flächendeckend mit nur noch geringem Anpassungsbedarf in der gesamten Verwaltung eingeführt. Die Folge sind niedrigere Gesamtprojektkosten als bei der Pilotierung in verschiedenen Ämtern.

GZ: Wie sieht der zeitliche Rahmen aus?

Fellberg: Das Projekt liegt voll im Plan. Alle Integrations-tests wurden bis Ende 2003 erfolgreich abgeschlossen. Die geplante stadtweite Einführung (Rollout) des Referenzmandanten im Jahr 2004 kann sofort gestartet werden. Die Produktivsetzung des kaufmännischen

Der Teufel steckt ...

(Fortsetzung von Seite 6) bar notwendig ein ausführliches Pflichtenheft zu erstellen, um eine Beweisgrundlage bei eventuellen Streitigkeiten vorlegen zu können.

7. Finanzielle Unterstützung gerade bei der so wichtigen Umstellung ist nicht ausreichend. Leider hat es auch die Stadt München getroffen, die Finanzen reichen nicht aus, um die Mitarbeiter ausreichend zu schulen. Das wird sich erst in den kommenden Jahren auswirken.

Die Erwartungshaltung ist hoch. Es kommen viele Besucher aus dem Ausland, die ebenfalls einen Umstieg planen. Mit jedem Besucher steigt der Druck auf die Verantwortlichen, alles richtig zu machen und vor allen Dingen den Zeitplan einigermassen einzuhalten. Hierzu eine Empfehlung: aus zu schnell durchgeführten Projekten geht selten ein gutes Ergebnis hervor. Da sowieso ein Parallellauf für beide Systeme unabdingbar nötig ist, sollte man die endgültige Umstellung erst nach genügender Testzeit vornehmen. ☞

Rechnungswesens zum 1. Januar 2005 ist damit sichergestellt.

GZ: Was ist das Besondere am Dienstleistungsangebot von Siemens Business Services?

Ganzheitliche Begleitung

Fellberg: Siemens Business Services begleitet z. B. Kommunen oder Auftraggeber des Öffentlichen Dienstes als IT-Dienstleister ganzheitlich: Wir leisten konzeptionelle Beratung, d.h. informieren darüber, wie man ein Produkt an die spezifischen Bedürfnisse des Kunden anpasst, und führen die Lösung beim Kunden ein. Darüber hinaus stehen wir auch später beim Rollout dem Auftraggeber zur Seite. Zu den Themen, die wir sehr forcieren, zählen Stützprozesse wie zum Beispiel das Rechnungswesen oder das Personalwesen HRM - Human Resources Management - sowie die Neuausrichtung von IT und Prozessen. Grundsätzlich sind wir also ein Partner für gesamtheitliche Lösungen.



Dr. Ursula-Christina Fellberg, Branchleiterin Public Sector bei Siemens Business Services (SBS) Deutschland. ☞

GZ: Siemens Business Services spricht von „Services entlang der gesamten Wertschöpfungskette“. Was ist konkret damit gemeint?

Fellberg: Es geht letztlich um die Unterstützung aus einer Hand. Ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass wir auch die Mitarbeiter miteinbeziehen, die später die neue Anwendung nutzen werden. Es geht nicht nur um Produkte oder Lösungen, sondern auch um Fragen, die sich mit dem Transformationsprozess als Ganzes und den der beteiligten Mitarbeiter im Besonderen beschäftigen. Parallel zu jeder Phase werden Beteiligten durch Change- und Akzeptanz-Management unterstützt, um das Projekt zum Erfolg werden zu lassen. Siemens Business Services kann als einer der wenigen IT-Dienstleister die gesamte Kette Consult - Design - Build - Operate - Maintain bedienen. Meist haben unsere Wettbewerber nur ausgewählte Teilssegmente anzubieten.

Behörden-Mitarbeiter werden einbezogen

Fellberg: Es geht einerseits darum, die Basis für eine moderne IT-Architektur zu schaffen, die auf der SAP-Software basieren wird. Mit Projekten in den strategischen Bereichen Personal und Ausbildung schafft Siemens Business Services andererseits die fachlichen und konzeptionellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Implementierung einschließlich eines begleitenden Change-Managements. Sämtliche Geschäftsprozesse werden erfasst, optimiert und zukunftsgerichtet modelliert - allerdings nicht gleichzeitig, sondern in

GZ: Wie ist Siemens Business Services im Gesamtkonzern Siemens einzuordnen? Werden Synergien genutzt?

Fellberg: Ja. Dass wir als Siemens Business Services Teil des Siemens-Konzerns sind, ist gerade eine unserer großen Vorteile. Fast alle Lösungen, die wir am Markt anbieten, haben wir schon im eigenen Hause eingeführt. Damit verfügen wir über glaubhafte Referenzen. Ich verstehe es als großes Plus, dass wir auch als Teil des Konzerns auftreten, und wir das gesamte Konzernwissen in die Rolle, die wir als Dienstleister am Markt haben, einbringen können.

GZ: Wie funktioniert dieses Zusammenfließen von Wissen in allen Bereichen?

Fellberg: Hierfür haben wir gerade jetzt im Öffentlichen Dienst sogenannte Cross Selling Account Manager aufgebaut. Das heißt, eine Person koordiniert alle Belange des Kunden innerhalb des gesamten Konzerns.

GZ: Die Kommunen müssen momentan sehr knapp kalkulieren. In den EDV-Bereichen muss aber viel Geld investiert werden. In Nürnberg hat Siemens Business Services die Ausschreibung gewonnen. Gerade viele kleinere Kommunen leiden aber möglicherweise unter einer Schwellenangst, weil sie meinen, Ihr Servicepaket sei schlichtweg zu teuer. Wie können Sie solchen Argumenten begegnen?

Optimales Servicepaket

Fellberg: Ganz einfach durch Gespräche. Wir stehen für People Business. Wichtig ist, im Gespräch mit dem Kunden zu analysieren, was er braucht und ihm ein optimales, ganz auf seine Anforderungen zugeschnittenes Servicepaket anzubieten. Bei solchen Lösungen ist es zum Beispiel ein guter Ansatz, Mitarbeiter auch im Öffentlichen Dienst im Rahmen des Projekts weiterzuentwickeln bzw. umzuschulen. Sie helfen bei der Einführung neuer Lösungen, der Berater übernimmt das Coaching. Das Dienstleistungsunternehmen muss schließlich nicht alles selbst erledigen. Es gilt, gemeinsam eine Lösung voranzutreiben. Die Kommunen können dadurch erhebliche Kostensenkungen erzielen. Gleichzeitig verfügen sie bereits frühzeitig über das später notwendige Know-how.

Change Management

GZ: Siemens Business Services hat den Auftrag bekommen, den größten deutschen Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst, die Bundeswehr, in einigen Fachbereichen prozessorientiert zu reformieren. Wird hier ein gesamtes Lösungspaket erarbeitet?

Fellberg: Es geht einerseits darum, die Basis für eine moderne IT-Architektur zu schaffen, die auf der SAP-Software basieren wird. Mit Projekten in den strategischen Bereichen Personal und Ausbildung schafft Siemens Business Services andererseits die fachlichen und konzeptionellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Implementierung einschließlich eines begleitenden Change-Managements. Sämtliche Geschäftsprozesse werden erfasst, optimiert und zukunftsgerichtet modelliert - allerdings nicht gleichzeitig, sondern in

mehreren Stufen. Mit den Verantwortlichen wurde zunächst ein Leitbild geschaffen für eine neue Personalarbeit. Die zentrale Frage lautet: Wie kann ich den richtigen Mann zur richtigen Zeit am richtigen Platz einsetzen? Parallel dazu sind wir unterstützend bei der Einführung von SAP tätig. Sie sehen auch hier die Vielzahl einzelner Beratungsteile.

GZ: Die Vorteile für einen öffentlichen Auftraggeber, der sich bei einem Projekt von Anfang bis Ende von Fachleuten begleiten lässt, liegen auf der Hand...

Fellberg: Wie oben schon erwähnt: Im Fokus stehen neben der optimalen funktionalen Lösung für den Kunden Effizienzverbesserungen, Kostensenkungen und ein möglichst hoher ROI. Ein Beispiel ist die Konsolidierung von Rechenzentren - ein Thema, das Staatskanzlei-Chef Erwin Huber bekanntermaßen vorantreiben will. Wir können hier die gesamte Palette an Dienstleistung anbieten: von der Konzeptionsphase über die Berechnung von Wirtschaftlichkeit bis hin zum professionellen Betrieb von Rechenzentren.

Finanzierungsmodelle

GZ: Existieren Finanzierungsmodelle, die eine Auftragsvergabe erleichtern?

Fellberg: Zuerst greifen wir in persönlichen Gesprächen die Kundenanforderungen auf und bieten dem Kunden dann ein auf seine Belange zugeschnittenes Paket an: In PPP (Public Private Partnership)-Projekten wird z.B. das darin enthaltene Finanzierungsmodell als „Vorfinanzierung durch den privaten Investor“ gesehen. Dieses Finanzierungsinstrument führt zu einer vorübergehenden zeitlich begrenzten Entlastung im Haushalt und ist somit ein „Quasi-Kredit“. Eine weitere Finanzierungsalternative wären sogenannte „Pay-per-Klick-Modelle“, bei denen der Kunde nur bei tatsächlicher Nutzung eines Services bezahlt und nicht die Grundinvestition tragen muss. Weiter gibt es noch Leasing-Modelle, bei denen der Kunde einen bestimmten Service mit allen Assets ausgelagert und über einen Leasing-Geber diesen Service - meist modernisiert - wieder nutzt (Beispiel: Input- oder Output-Services).

GZ: Siemens Business Services positioniert sich als führender Lösungsanbieter im westeuropäischen Government-Markt. Welche Produkte sind außer dem „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ für bayerische Behörden interessant?

Synergien nutzen

Fellberg: Wir versuchen zunehmend, Synergieeffekte zu erzielen, in dem wir die Referenzen nutzen und Know-how austauschen. Nicht alles, was international läuft, ist ohne Adaption auch in Deutschland einsetzbar. Dies liegt am föderalen System und an den hohen Sicherheitsstandards. Wir versuchen die Lösungsideen zu nutzen. Andere Themen, die innerdeutsch möglicherweise auf andere Kommunen übertragbar wären, sind z.B. das Kommunale Call Center in Köln oder elektronische Akten- und Dokumentenmanagementsysteme für verschiedene Ressorts bzw. kommunale Aufgaben. Hier muss man individuell entscheiden. Das Call Center Köln wurde übrigens mit dem „CRM-Best-Practice Award“ in Gold in der Kategorie Business to Customer (B2C) ausgezeichnet. Unter deutschen Kommunen nimmt Köln mit dieser Lösung eine Vorreiterrolle ein. Den niedrigeren Kosten für die Stadt steht ein verbesserter Service für Bürger

und Unternehmen gegenüber.

GZ: Siemens Business Services ist eine strategische Kooperation mit Microsoft eingegangen. Spielt das in diesem Public Sector eine große Rolle?

Kooperation mit Microsoft

Fellberg: Natürlich. Wir haben sowohl national als auch international ein Partnerschaftsagreement mit Microsoft. Gemeinsam entwickeln und vermarkten wir eGovernment-Lösungen. Schwerpunkt der gemeinsamen Angebote wird die E2Government Solution Suite von Siemens Business Services sein, eine Gesamtlösung für Online-Portale der öffentlichen Hand. Sie basiert auf einer zentralen Plattform mit NET-Technologie von Microsoft und stellt die Verbindung zwischen den öffentlich zugänglichen Internetseiten und den Back-Office-Prozessen der öffentlichen Hand her. Die Bürger können über derartige Portale sämtliche Kontakte mit den Behörden abwickeln - von der Steuererklärung über Adressänderungen bis zur Anmeldung eines Fahrzeugs. Wir sind gerade dabei zu überlegen, wie wir die Zusammenarbeit im Öffentlichen Dienst noch stärker aktiv an den Markt bringen können.

GZ: Das lässt aber doch den

Siemens Business Services ist ein international führender IT-Service-Anbieter. Der Siemens-Bereich bietet Leistungen entlang der gesamten IT-Dienstleistungskette aus einer Hand - vom Consulting über die Systemintegration bis zum Management von IT-Infrastrukturen. Mit umfassendem Know-how und spezialisiertem Branchenwissen schafft das Unternehmen messbaren Mehrwert für seine Kunden. Beim Outsourcing und der IT-Wartung zählt Siemens Business Services zu den Top-ten-Anbietern weltweit. Im vergangenen Geschäftsjahr betrug der Umsatz rund 5,2 Mrd. EUR - 76 Prozent wurden außerhalb des Siemens-Konzerns erzielt. Derzeit beschäftigt das Unternehmen weltweit ca. 34.300 Mitarbeiter. ☞

Schluss zu, dass Sie nicht auf Linux setzen!

Fellberg: Als herstellerunabhängiger IT-Dienstleister haben wir auch das Thema Open Source im Angebot. Diese Vielfalt zeichnet uns ja gerade aus. Wir sind da offen. Die Kundenanforderungen sind hier letztendlich ausschlaggebend. Die Entscheidung trifft der Kunde. DK

Transparente Verwaltung von Grundstücken und Mietobjekten

Stets einen Überblick über die Immobilien und die Eckdaten ihrer Rentabilität zu haben, ist in wirtschaftlich angespannten Situationen wichtiger denn je. Genau hier setzt die Software „Capitol Grundstücksverkehr“ des Rosenheimer Immobiliensoftware-Spezialisten Sommer Informatik GmbH an. Die Software aus der „Capitol“-Reihe richtet sich an Behörden und Kommunen, die einen transparenten Überblick über die in ihrem Eigentum befindlichen Grundstücke anstreben.

Bei einer Grundsteuerreform „Capitol Grundstücksverkehr“ ermöglicht eine umfassende Sicht auf den derzeitigen Status unbebauter Grundstücke, deren

Projektplanung für Grundstücksgeschäfte.

Die Verwaltung der Grundstücke, die sich im Eigentum der Städte und Gemeinden befinden. Werden Einheitswerte durch höhere Grundsteuerwerte ersetzt oder ändern sich die Hebesätze, ist eine Neubewertung vorzunehmen. In diesen Fällen ist es wichtig, jederzeit einen kompletten Überblick über den bestehenden Immobilienbesitz mit jeweils aktuellen Bewertungsdaten zu haben.

aktuelle Verkehrswerte und über laufende Vorgänge. Damit ergänzt das eigenständige Programm die Lösungen „Capitol WinLieg“ für die Verwaltung von Mietobjekten und „Capitol Grundstücksverwaltung“ für die Verwaltung unbebauter Grundstücke, die bereits erfolgreich im kommunalen Bereich eingesetzt werden.

„Capitol Grundstücksverkehr“ behandelt vorrangig unbebaute

Grundstücke. Die Funktionalität des Programms unterscheidet sich aber deutlich von den beiden anderen Lösungen und konzentriert sich im Wesentlichen auf die Bewertung der Grundstücke und die in Anbahnung befindlichen Grundstücksgeschäfte. So gibt „Capitol Grundstücksverkehr“ einen exakten Überblick über den aktuellen Status der Immobilie. Treten Veränderungen wie Kauf, Verkauf, Splitting etc. ein, lassen sich diese auf einfache Art und Weise nachvollziehen und dokumentieren.

Vermögensnachweis

Mit der Funktion „Vermögensnachweis“ ist jederzeit eine schnelle und komfortable Auskunft über das städtische Grundvermögen möglich.

„Capitol Grundstücksverkehr“ geht weit über die bloße Verwaltung von Immobilien hinaus und unterscheidet genau, ob der Vorgang bereits abgeschlossen und im Grundbuch eingetragen ist, oder ob sich die betreffende Immobilie noch im Veränderungsstatus befindet. Für die bessere Planung von Verhandlungen lassen sich mit Hilfe des im Programm vorhandenen Projektmanagements genaue Abläufe definieren. Die integrierte Terminverwaltung sorgt zudem für eine rechtzeitige Erinnerung.

Schnittstellen

Eine Reihe von Schnittstellen (SAP, GIS, Excel u.v.m.) sorgen

Das klar strukturierte Hauptfenster von „Capitol Grundstücksverkehr“.

für eine reibungslose Kommunikation mit anderen Lösungen. So können jederzeit Daten verschiedener Formate sowohl eingelesen als auch exportiert werden. Dadurch lässt sich „Capitol

Grundstücksverkehr“ problemlos in die bestehende kommunale IT-Landschaft integrieren und sorgt aufgrund seiner flexiblen Anpassungsmöglichkeiten für hohen Investitionsschutz.

Dieses Mal kein Liebesbrief

Von Prof. Klaus Jamin

Der bisher teuerste Liebesbrief der Welt, der Quellcode des Computervirus „I LOVE YOU“ verursachte einen geschätzten Schaden von rund 20 Milliarden Mark. Jetzt ist wieder ein Virus unterwegs, Wurmvirus genannt, mit dem Namen MyDoom (doom engl. = Schicksal, Verderben Untergang).

Würmer brauchen im Gegensatz zu Viren keine Programme wie Word, Excel usw., um sich zu vermehren. Sie verbreiten sich selbstständig in Computersystemen und Netzwerken. Ihr Zweck ist einzig und allein ihre schnellstmögliche Ausbreitung. Der Befehl eines einzelnen Systems ist dabei nur ein Mittel zum Zweck, um andere Systeme zu erreichen. Auch Würmer erzeugen Kopien von sich selbst zur Verbreitung.

Wie erkennt man Viren?

Der Rechner wird langsamer, es sind ungewöhnliche Plattenzugriffe zu bemerken, die Programmladezeiten werden deutlich länger, plötzlich reicht der Hauptspeicher nicht mehr aus, Programme laufen langsamer ab, plötzlich treten Probleme mit bereits vorhandenen Programmen auf, die im Speicher zur Verfügung stehen müssen, Programme machen Fehler, Datendateien werden manipuliert und oft unlesbar, die Sektoren auf dem Datenträger weisen plötzlich Fehler auf.

Ohne sofort einsetzbares Virenprogramm helfen eventuell folgende Regeln:

Regel 1: Ruhe bewahren und nicht die Festplatte sofort formatieren.

Regel 2: Computer ausschalten.

Regel 3: Systeme mit dem Original-Betriebssystem neu starten.

Regel 4: Daten sichern.

Regel 5: Gesamte Festplatte sichern.

Regel 6: Jetzt unbedingt einen Virenschoner besorgen und den Datenbestand prüfen.

Regel 7: Haben Sie einen Virus erwischt, der den Start-Sektor der Festplatte verändert oder zerstört hat, dann bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als die Festplatte neu zu formatieren.

Was empfiehlt der Fachmann?

1. Auf jedem Rechner sollte ein aktueller Virenschoner installiert sein. Am Besten mit automatischer Updatefunktion und integriertem eMail-Schutz. Das System ist regelmäßig auf Viren zu prüfen. Auch eine Firewall ist Pflicht. Eine Firewall (diese Software gibt es im Internet auch kostenlos) gehört neben einem Virenschoner zur absoluten Pflichtausstattung heutiger Computersysteme. Eine gut konfigurierte Firewall meldet und dokumentiert jeglichen Datenverkehr aus dem bzw. zum System. Jedes

Programm, das aus dem System auf das Internet zugreifen will, muss sich zuvor bei der Firewall anmelden und um Erlaubnis fragen. Zusätzlich ist der Einsatz eines Trojanerscanners und weiterer Schutzsoftware zu empfehlen.

2. Die gesamte, für die Sicherheit relevante Software, muss auf dem neuesten Stand gehalten werden. Man muss sich über relevante Probleme auf dem Laufenden halten. Gute Anlaufstellen sind die Hersteller der Software (Homepage) und unabhängige, seriöse Sicherheitsseiten im Internet. (Tipp: Ein Eintrag in die Newsgroups dieser Firmen bewirkt eine automatische Benachrichtigung.)

3. Man sollte sich die Zeit nehmen, sich intensiv mit seinem System zu beschäftigen. Wer sein System kennt, kann bei Anzeichen von ungewöhnlichem Verhalten, frühzeitig reagieren.

4. Sicherheit geht vor Bequemlichkeit. Alle Einstellungen des Systems, seiner Komponenten und der Anwendersoftware sollten anhand fachkundiger Anleitungen überprüft und im Zweifelsfall immer zugunsten der Sicherheit konfiguriert werden. Es empfiehlt sich, alle nicht benötigten Dienste vom System zu entfernen. Diese Dienste stellen immer eine Schwachstelle dar, da sie einen Port abhören bzw. öffnen. Die Reduzierung der Dienste verringert deutlich die Systemanfälligkeit.

5. Generell alle Daten vor dem Öffnen mit einem Virenschoner prüfen. Fremddaten stets kritisch betrachten. Daten aus anonymen Quellen sind potenziell gefährlich. eMails und deren Anhänge von unbekanntem Absender niemals öffnen. Downloads von Programmen und Dateien nur von offiziellen Seiten durchführen. Heruntergeladene Programme vor der Ausführung zusätzlich mit einem aktuellen Trojaner-Scanner prüfen.

6. Regelmäßig Sicherheitskopien erstellen. Durch diese so genannten Backups bleiben wertvolle Daten erhalten, falls der Computer infiziert wird und/oder ein Hardwareproblem auftritt. Worin die Ursache letztlich liegt, spielt keine Rolle, wichtig ist nur, dass das Ergebnis manchmal jahrelanger, harter Arbeit nicht verloren geht. Zu empfehlen sind hier auch Programme, die ein komplettes Betriebssystem oder ganze Partitionen auf CD-Rom sichern können, wie et-

Paris überlegt Aufsprung auf Linux-Zug

Paris hat den paneuropäischen IT-Dienstleister Unilog mit einer Studie über ihre künftige Clientstrategie beauftragt. Unilog hat bereits für die Stadt München eine Pro-Open-Source-Studie erstellt. Paris verfügt derzeit über 17.000 PC-Arbeitsplätze, 400 Server und rund 600 Anwendungen, verteilt auf 1.800 Standorten. Neben München hat auch das Parlament des australischen Hauptstadt-Distriktes Canberra beschlossen, bei Neuanschaffungen den Kauf von Open-Source-Software in Erwägung zu ziehen. Brasilien hat ebenfalls eine Absichtserklärung unterzeichnet. Die Pro-Linux-Initiativen diverser Regierungsstellen haben zu heftigen Reaktionen von Microsoft geführt. Unilog hat den Verantwortlichen der Stadt Paris eine vollständig neutrale Bewertung zugesichert. Das Projekt ist auf drei Monate angesetzt.

wa „Drive Image“ oder „Norton Ghost“. Im Ernstfall kann so die Rücksicherung eines vollständig konfigurierten Systems in nur 15 bis 30 Minuten erfolgen.

7. Erstellung einer Startdiskette/-CD für den Notfall. Manchmal lässt sich ein infizierter Computer nicht mehr starten. Das braucht nicht daran zu liegen, dass der Virus Daten auf der Festplatte gelöscht hat, sondern bedeutet lediglich, dass das Betriebssystem nicht mehr geladen werden kann.

Und noch ein Tipp: Schauen Sie doch einmal auf die Seite von www.saferSurf.com. Dort wird Ihnen ein Paket „Waschsalon für das Internet“ angeboten, das besonders für Behörden geeignet ist. Dieses SaferSurf-System verbindet automatischen Virenschutz mit Schutz vor unerwünschter Mail (Spam), vor Wahlprogrammen, die teure Telefonnummern anwählen, ohne dass der Benutzer es merkt, ermöglicht Anonymität und beschleunigt noch dabei den Zugriff zu Mails und Daten aus dem Internet.

Behörden können sich komplett anschließen

Behörden können sich komplett anschließen. Es handelt sich dabei um ein zusätzliches zentrales Zugangssystem für das Internet und den Datenaustausch. Da es sich in der Vergangenheit vermehrt gezeigt hat, dass Filtersoftware oftmals nicht wirkungsvoll genug gegen bedenkliche Inhalte agieren kann, wurde Sa-ferSurf auf der Basis eines Positivfilters konstruiert.

Inhaltssperre

Das bedeutet, dass die aufgerufenen Seiten nicht mehr nach bestimmten Schlagworten durchsucht werden bzw. die aufgerufene Internetadresse mit den als gesperrt angegebenen Adressen verglichen wird, sondern es können alle Inhalte gesperrt werden. Nur die Adressen, welche vom zuständigen Verwalter des EDV-Systems eingetragen werden, können bei Bedarf freigegeben werden. Hier ist die Erstellung von Regelsätzen notwendig. In diesen werden alle Adressen gespeichert, die für ein bestimmtes Themengebiet benötigt werden. Die Erstellung erfolgt im SaferSurf Verwaltungs-menü.

Wer jetzt noch von einem Virus infiziert wird, hat noch nicht den Zusammenbruch eines ganzen Systems erlebt. Kaum vorstellbar ist die tagelange Rekonstruktion der Datenbestände.

Microsoft auf der CeBIT 2004 in Hallen 4 und 11:

Branchenschwerpunkt „E-Government“

Die Computermesse CeBIT ist seit vielen Jahren als internationale IT-Fachmesse die wichtige Informationsquelle für Entscheider und IT-Leiter aus dem öffentlichen Sektor. Um die Informationsbasis für Messebesucher aus allen Bereichen des öffentlichen Sektors zu verbessern, hat Microsoft seine Präsentation auf dem Messegelände neu abgestimmt. Mit der konzentrierten Präsenz aller Technik- und Anwendungsbereiche in der Halle 4, Stand A 38, lässt sich der gesamte Informationsbedarf der interessierten Anwender aus dem Bereich öffentliche Dienste abdecken. Ergänzend hierzu ist Microsoft im Rahmen einer stragischen Partnerschaft auf dem Messestand des Bundeslandes Hessen in der Halle 11 im Public Sector Parc mit Lösungen zu PKI und Mobility vertreten.

Nur noch wenige Monate verbleiben, bis die geplanten 383 Online-Dienstleistungen des Bundes zur Verfügung stehen müssen. „BundOnline2005“ ist also auf der Zielgeraden. Mit der Initiative „DeutschlandOnline“ und dem Aktionsprogramm „In-

formationsgesellschaft Deutschland 2006“ erfolgt der Vorstoß in die Breite über alle Verwaltungsebenen hinweg. Auf Länderebene schreitet der Ausbau der virtuellen Verwaltung - auch unabhängig von den Initiativen des Bundes - voran. Gleichzeitig gibt es im Bereich der Kommunen das umfangreichste Leistungsangebot des öffentlichen Sektors, das in naher Zukunft online gehen wird.

Vor dem Hintergrund der angespannten Kassenlage aller öffentlichen Bereiche müssen je-

doch weit reichende Entscheidungen für den Ausbau der IT-Infrastruktur und der Online-Abbildung der Fachverfahren ganz gezielt und unter höchster Wirtschaftlichkeit getroffen werden.

Ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung

Microsoft hat sich gemeinsam mit seinen Partnern dieser Herausforderung gestellt und in den letzten Jahren umfassende Lösungsangebote für die ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung in Pilotprojekten erarbeitet. Dazu gehören auch Lösungen für

- ≪ die bereichsübergreifende Zusammenarbeit von Verwaltungen und zwischen Verwaltungen und Unternehmen
- ≪ Portale zur Kommunikation zwischen Verwaltung, Unternehmen und Bürgern
- ≪ Informationsverarbeitungs-, Vorgangsverarbeitungs-, Abfrage- und Recherchesysteme, auch für die mobile Kommunikation
- ≪ Signaturkartengestützte Vorgangsbearbeitung mit Office

Microsoft zeigt auf der CeBIT 2004 neben diesen technischen Schwerpunkten auch die neue Office-Generation und ein umfassendes Lösungsprogramm für E-Government-Vorhaben. Schwerpunkte im Bereich E-Government sind das rheinland-pfälzische Informations-Vorgangsbearbeitungs-, Auswertungs- und Recherchesystem der Polizei „RIVAR“, die datenbankgestützte Intranet-/Internetlösung für die Recherche und Darstellung von Informationen „komXpress“, die modulare E-Government-Plattform „E-Government Starter Kit“, und die Benutzeroberfläche für Transaktionen zwischen Bürger und Verwaltung „Hamburg Gateway“.

Mit dem „Public Sector-Bereich“ auf dem Messestand für Geschäftskunden in Halle 4, Stand A 38 bietet Microsoft eine exklusive Umgebung, in der interessierte Anwender alle Neigkeiten rund um das gesamte Leistungsangebot für den öffentlichen Bereich erfahren. Viele der Anwendungen wurden mit und in Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung entwickelt und erprobt. Die in der Praxis bereits bewährten Lösungen bieten beste Chancen für eine einfache und problemlose Umsetzung der Verwaltungsdienstleistungen in ein wirtschaftliches, mitarbeiterfreundliches und bürgernahes Online-Angebot. ≪

Freistaat übernahm baynet

Behördenwegweiser wird eGovernment-Portal

Bayern hat zum 1. 1. 2004 den Betrieb des Behördenwegweisers als Kernstück des Virtuellen Marktplatzes „www.baynet.de“ übernommen. „Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir dieses innovative Angebot zu einem umfassenden eGovernment-Portal ausbauen. Die Bürgerinnen und Bürger finden im Behördenwegweiser schon heute alle zuständigen Behörden. Künftig sollen sie darüber hinaus immer mehr Behördengänge auch unmittelbar über das Internet erledigen können. Unser Prinzip heißt: Die Daten laufen, nicht die Bürger“, erklärte Bayerns Verwaltungsreformminister Erwin Huber.

Im Behördenwegweiser wird der Bürger von der Kfz-Anmeldung bis zur Eheschließung zu den Dienstleistungen der staatlichen Behörden, der Landkreise, Städte und Gemeinden geführt. Der Behördenwegweiser zeigt ihm die zuständigen Stellen und informiert ihn über alle Voraussetzungen für sein Anliegen.

Das baynet-Portal wurde seit dem Jahr 2000 durch ein privates Betreiberkonsortium als „Virtueller Marktplatz Bayern“ betrieben. Wegen seines nutzerfreundlichen Aufbaus wurde baynet.de auch international ausgezeichnet. Die bisher dort enthaltenen nichtstaatlichen Informationen und Angebote werden nach einer Entscheidung des Betreibers künftig nicht mehr weitergeführt. Mit der Fortführung und Weiterentwicklung des Behördenwegweisers bleibt das Herzstück dieser gemeinsamen Entwicklung von Staat und Wirtschaft erhalten.

Die Übernahme von „baynet.de“ durch die Staatsregierung wurde von deutlicher Kritik begleitet. Die FDP-Landesvorsitzende, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, sieht Parallelen zum Maut-Debakel in Berlin. SAP und Siemens seien heimlich aus der Verantwortung entlassen worden. „Mit blinder Ordnungspolitik“ habe man einen Marktplatz von oben nach unten gegründet, anstatt den Wettbewerb und mittelständische Unternehmen einzubeziehen. Die dafür eingesetzten Investitionen seien in den Sand gesetzt. ≪

Pässe und Ausweise sind heute schneller und sicherer

Wer kennt das Problem nicht? Der Urlaub steht vor der Tür oder eine dringende Geschäftsreise und der Ausweis bzw. Reisepass ist abgelaufen. Warum nur braucht mein Passamt so lange, manchmal über 6 Wochen, bis der neue Ausweis ausgestellt ist? - Nun vielleicht setzt die Gemeinde noch nicht auf moderne und übliche Verfahren.

Bereits seit Mai 2001 ist das Verfahren DIGANT der Bundesdruckerei für die elektronische Beantragung von Ausweisdokumenten im Echteintritt. Durch die elektronische Beantragung kann die Laufzeit zur und in der Bundesdruckerei, die die Ausweise erstellt, erheblich verkürzt werden. Seit 01.07.2003 bietet die Bundesdruckerei sogar einen Expresspass an. Innerhalb von 72 Stunden (ohne Sonn- und Feiertage) liegt der fertige Ausweis vor. Natürlich ist die elektronische Beantragung durch die Gemeinde Voraussetzung für diesen besonderen Bürgerservice; beim klassischen Verfahren gehen schon einige Tage für den Postversand verloren.

Komplettsystem im Melde- und Passamt

Moderne IT-Verfahren im Meldewesen müssen die Neuerungen natürlich unterstützen, damit sich den Bürgern die Vorteile auch erschließen. Die komuna GmbH aus Altdorf in Niederbayern, die sich als Partner der Kommunalverwaltung in Sachen EDV versteht, bietet ihren Kunden ein Komplettsystem im Melde- und Passamt, das alle Neuerungen beinhaltet. Lediglich zwei Anbieter können bisher in Bayern die hohen Anforderungen erfüllen und den Kommunen das Verfahren DIGANT (digitaler Antrag) bieten. Bei der Lösung der komuna sind die Komponenten der Bundesdruckerei vollständig in den Bereich Bürgerservice des Fachverfahrens integriert, was die Handhabung vereinfacht. Das damit mögliche digitale und papierlose Passregister erleichtert nicht nur den Sachbearbeitern die tägliche Arbeit. Auch bei der Amtshilfe für Ermittlungsbehörden ist man um ein Vielfaches schneller als mit den alten Aktenschränken voll Passbildern und Urkunden.

Die Ausweise werden aber

nicht nur schneller, sondern auch sicherer. Ständig wird die Fälschungssicherheit weiter verbessert. Die Umsetzung des EU-Mindeststandards erfordert seit Januar 2004 weitere Sicherheitsmerkmale für den deutschen Personalausweis und Reisepass, die zentral durch die Bundesdruckerei sichergestellt werden.

Vorläufige Dokumente mit größerer Sicherheit

Da vorläufige Ausweisdokumente durch die Gemeinden und nicht die Bundesdruckerei erstellt werden, sind hier neue Verfahren nötig. Die Verordnung zur Reform pass- und personalausweisrechtlicher Vorschriften, in Kraft seit 01.01.2002, sieht zum 01.01.2004 die Einführung des neuen vorläufigen Personalausweises, des neuen vorläufigen Reisepasses und den Kinderreisepass (bisher Kinderausweis) vor. Man reagiert damit u.a. auf die Vorkommnisse des 11. September und den damit verbundenen Interessen der USA. Bereits im Herbst 2003 sollten für die Einreise in die Vereinigten Staaten nur noch maschinenlesbare Dokumente zulässig sein. Diese Forderung wurde jedoch zurückgestellt. Auch den gestiegenen Anforderungen der internationalen Luftfahrtbehörde auf Erhöhung der Fälschungssicherheit wurde mit der neuen Vorschrift Rechnung getragen.

Übergangsfrist bis 2005

Die Verordnung sieht eine Übergangsfrist bis zum 31. 12. 2005 vor, in der sowohl die neuen als auch die bisherigen vorläufigen Dokumente ausgestellt werden dürfen. Allerdings gilt diese Frist nicht für die visafreie Einreise in die USA. Ab dem 26. 10. 2004 ist die nur noch mit maschinenlesbaren Reisedokumenten erlaubt und diese Forderung erfüllen die bisherigen

vorläufigen Dokumente nicht.

Im Sinne der Bürger gilt es also für die Kommunen rasch zu handeln. Bereits seit Januar 2004 stellt die komuna ihren Kunden die Softwaremodule für die neuen vorläufigen Dokumente kostenlos zur Verfügung. Die Vorschrift ist zwar bereits seit 01. 01. 2002 in Kraft, aber die Details der neuartigen Dokumente waren erst im Herbst 2003 geregelt. Bei komuna hat man die knappe Zeit genutzt, damit die neue Software rechtzeitig und praxistauglich zur Verfügung steht. Seit Januar stellen schon viele Kommunen die neuen Ausweise aus.

Überschaubare Investitionen

Die nötige Investition in Scanner und Farbdrucker hält sich in einem überschaubaren Rahmen bzw. sie ist nicht nötig für die Gemeinden, die bereits die Ausweisanträge elektronisch verarbeiten. Voll integriert in das Fachverfahren wird der Bearbeitungsaufwand minimiert und der Komfort erhöht. Auch bei den vorläufigen Dokumenten gilt, dass die elektronische Akte (Antragsunterlagen, Urkunden etc.) sozusagen als „Abfallprodukt“ beinhaltet ist. Wie beim elektronischen Passantrag können auch bei den vorläufigen Ausweisen neben dem Passbild und der Unterschrift beliebig viele begleitende Dokumente (Geburtsurkunde, Staatsangehörigkeitsnachweis etc.) gescannt und archiviert werden.

Mehr Bürgerfreundlichkeit

Alternativ zur integrierten Lösung von komuna bietet die Bundesdruckerei auch ein Ausfüllprogramm für die Beantragung der Dokumente und den Druck an. Aber gerade für kleine Kommunen steigen dann oft die Kosten je Dokument in einen Bereich, der durch die Gebühren nicht zu decken ist.

Es tut sich also einiges im Bereich der Pässe und Ausweise. Aber dadurch wird nicht nur die Sicherheit der Bürger erhöht, sondern auch der Komfort und die Bürgerfreundlichkeit. ≪

Vorkalkulation bzw. Angebotsformulierung:

Was darf eine Dienstleistung kosten?

Neumann & Neumann veröffentlicht Kennzahlen für Ausschreiber und Bieter

Wieviel kann ein externes Cateringunternehmen bei effizienter Betriebsführung für ein Mittagessen in einer Verwaltungskantine kalkulieren? Wieviele Quadratmeter schafft eine Reinigungskraft in einem Bürogebäude oder aber in einer Schule realistisch mit der vereinbarten Qualität zu säubern?

Große Herausforderung

Im Vorfeld ihrer Ausschreibungen müssen sich Einkaufsverantwortliche oder Ausschreibungsstellen überlegen, welche Kosten für welche Leistungen auf sie zukommen werden. Gerade für Dienstleistungen wie Winterdienst, Grünanlagenbetreuung oder technische Anlagenwartung, die eher selten vergeben werden, ist das oft eine große Herausforderung. Dienstleister wiederum überlegen sich vor ihrer Angebotsabgabe, mit welchen Preisen wohl ihre Wettbewerber um den Auftrag konkurrieren werden.

Einrichtung der Rubrik Kennzahlen

Um beiden Seiten diese Aufgabe zu erleichtern und am Ende einer aufwändigen Prozedur vor allzu großen Überraschungen zu bewahren, hat der Ausschreibungsspezialist Neumann & Neumann Projekt- und Beratungs GmbH auf seiner Website die Rubrik Kennzahlen eingerichtet.

Neumann & Neumann ist spezialisiert auf die Ausschreibung und Vergabe von Dienstleistungen rund um das infrastrukturelle Facility Management auf Wunsch nach VOL. Ihm liegen also aus zahlreichen Vergabeverfahren Zahlen vor. Daraus hat er Durchschnittswerte errechnet. Diese Durchschnittswerte können beiden Seiten als erster Anhaltspunkt dienen.

Das Anliegen von Neumann & Neumann ist nämlich gute Partnerschaft von Auftraggeber und Auftragnehmer. Wenn beide Seiten wissen, welche Preise aktuell realistisch sind, braucht sich niemand in die Nesseln zu setzen.

Weitere Informationen:

Neumann & Neumann Projekt- und Beratungs GmbH, Krummbachstraße 4, 86989 Steingaden, Telefon 08862-9870-0, www.neumann-neumann.de

Perspektiven für finanziell gebeutelte Gemeinden

Die Finanznot der Kommunen nimmt derzeit beängstigende Ausmaße an, in vielen Gemeinden werden dringend schlüssige Programme zur Verbesserung der Haushaltssituation benötigt. Das neue Werk „Sparkonzepte für Kommunen“ von WEKA MEDIA vereint in einem Ordner rund 50 erfolgreich umgesetzte Konzepte, die zu Einsparungen - teilweise in Millionenhöhe - geführt haben. Indem diese Ansätze übernommen und der eigenen Situation angepasst werden, eröffnen sich für finanziell gebeutelte Kommunen schnell neue wirtschaftliche Perspektiven.

„Mehr leisten und weniger Kosten“ ist die Zielsetzung der Gegenwart für alle öffentlichen Haushalte. Wirtschaftliche Lösungen müssen etabliert werden, um den Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und vorausschauender Investitionspolitik leisten zu können. Die Lage kann sich deutlich entspannen, wenn Gemeinden und Kommunen über den Tellerrand schauen und ihre Potenziale für wirkungsvolle Innovationen neu entdecken.

Einfaches Erfolgsrezept

Das schnellste und einfachste Erfolgsrezept ist immer noch, erprobte Konzepte anderer zu selektieren, der eigenen Situation anzupassen und sie dann zu übertreffen. Um ein Unternehmen an die Spitze seiner Branche zu bringen, ist dieses Prinzip allgemein anerkannt. In der öffentlichen Verwaltung hierzulande ist es jedoch noch nicht sehr weit verbreitet.

Dies könnte sich nun ändern, meint Burkhard Cuypers, der Herausgeber des neuen Werkes „Sparkonzepte für Kommu-

nen“. In aufwändiger Kleinarbeit hat der Soziologe mit langjähriger Erfahrung in der Beratung von Gemeinden zusammen mit seinem Team aus erfahrenen Fachautoren in ganz Deutschland die Fakten recherchiert und fachkundig aufbereitet. Schließlich wurden rund 50 erfolgreiche Sparkonzepte aus der Praxis innovativer Städte und Gemeinden ausgewählt und in einem 650 Seiten umfassenden Ordner übersichtlich zusammengestellt.

Qualitative Bewertung der Sparideen

Jede Sparidee wurde qualitativ bewertet und mit konkreten Anleitungen zur direkten Umsetzung der Prozesse in der eigenen Gemeinde versehen. Auch Adressen, Ansprechpartner und Checklisten fehlen nicht.

Jede Menge Beispiele

Die von den Autoren zusammengestellten Sparkonzepte sind jeweils untergliedert in Sparidee, Praxisbeispiel, Voraussetzungen, mögliches Einsparpotenzial und praktische Abwicklung. Es finden sich Beispiele aus den Bereichen

Organisationsmanagement (z.B. „Übertragung städtischer Kulturveranstaltungen an einen Verein“), Finanzmanagement (z.B. „kommunales Erziehungsgeld für dreijährige Kinder“), Personalmanagement (zum Beispiel „Leitfaden für das Mitarbeitergespräch“) sowie technische Maßnahmen (zum Beispiel „Betriebswasserrückgewinnung im Freizeitbad“). Drei bis vier Mal pro Jahr wird das Werk um hochaktuelle, effektive Sparkonzepte ergänzt.

Anders als bei den konkur-

rierenden Unternehmen der Wirtschaft bietet die interkommunale Zusammenarbeit die große Chance, relativ leicht nach „Best Practices“ zu suchen, diese an das eigene System anzupassen und in die eigene Verwaltung zu implementieren. Haben Gemeinden und Kommunen diese Kerneidee angenommen und ihre Mitarbeiter entsprechend instruiert, ist die öffentliche Verwaltung sehr schnell in der Lage, effiziente Lösungen für sich zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Burkhard Cuypers (Hrsg.): „Sparkonzepte für Kommunen“, 1 Band DIN A 4, 650 Seiten, Best.Nr. M8992, 128,- Euro zzgl. MwSt., versandkostenfrei.

Gemeindetag, Handwerk und Wirtschaftsministerium:

Info über Auftragswesen und Bauleistungsvergabe

Vor dem Hintergrund ständiger Veränderungen im Öffentlichen Auftragswesen kommt der Vergabe von Bauleistungen durch die Kommunen besondere Bedeutung zu. Von den klassischen Auftragsgebern sind die Kommunen mit knapp 60 % aller Aufträge der mit Abstand größte Auftraggeber. Gerade für das Handwerk sind die Kommunen wichtige Auftraggeber. Das Marktvolumen aller öffentlichen Aufträge alleine in Deutschland beträgt nach Schätzungen ca. 250 Milliarden Euro jährlich.

Der Bayerische Gemeindetag hat daher gemeinsam mit den bayerischen Handwerkskammern und dem Wirtschaftsministerium die bayerischen Städte, Märkte, Gemeinden sowie Zweckverbände zu Großveranstaltungen eingeladen.

Tagungen im März 2004

In allen sieben Regierungsbezirken führt der Bayerische Gemeindetag gemeinsam mit den Handwerkskammern im März 2004 Informationsveranstaltungen durch.

1. März 2004, 14 - 17 Uhr, Erding, Stadthalle
2. März 2004, 14 - 17 Uhr, Ried, Gut Matheshof
4. März 2004, 14 - 17 Uhr, Bad Griesbach, Hotel St. Wolfgang

8. März 2004, 14 - 17 Uhr, Bad Windsheim, Congress-Zentrum
9. März 2004, 14 - 17 Uhr, Kloster Irsee
11. März 2004, 14 - 17 Uhr, Wunsiedel, Fichtelgebirgshalle
25. März 2004, 14 - 17 Uhr, Bad Kissingen, Hotel Sonnenhof

Schwerpunkte

Im Mittelpunkt stehen die Spielräume für die Kommunen, den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen, aber auch die Tendenzen im europäischen und nationalen Vergabericht. Was im Einzelnen zu beachten ist, wird von den Referenten des Bayerischen Gemeindetags, des Wirtschaftsministeriums und der Baugewerbeverbände gemeinsam vorgetragen.

Kostenoptimierung durch Facility Management

Der Betrieb kommunaler Einrichtungen wie Krankenhäuser unterliegt ständig steigendem Kostendruck und fokussiert den Blick auf die Wirtschaftlichkeit der Gebäude. Setzen Sie zur Optimierung Ihrer Verwaltungs- und Betriebskosten gemeinsam mit der MVV Energie AG auf professionelles Facility Management. Darunter verstehen wir technisches und kaufmännisches Know-how, eingesetzt zur Werterhaltung von Gebäuden und Liegenschaften.

Die MVV Energie AG erbringt Leistungen aus den Bereichen Betriebs- und Instandhaltungsmanagement, Gebäude- und Energiemanagement sowie Kostenmanagement. Hinzu kommen die klassischen Dienstleistungen wie Reinigung, Catering und Fuhrparkmanagement. Das Ziel ist, eine effiziente, werterhaltende und serviceorientierte Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften dauerhaft zu sichern.

Die Vorteile:

- ≪ Nachhaltige Kostenreduktion
- ≪ Kosten-/Leistungs-Transparenz
- ≪ Werterhaltung und Funktionssicherung
- ≪ Qualität und Services verbessern
- ≪ Kunden-Lieferanten-Beziehung fördert KV-Prozesse (Kontinuierliche Verbesserung)
- ≪ Minimierter Koordinierungsaufwand
- ≪ Senkung der monetären Risiken durch Outsourcing
- Ob Hotel, Krankenhaus oder Fabrik - steigende Betriebsko-

sten schärfen in den letzten Jahren den Blick für die Wirtschaftlichkeit der Gebäudenutzung. Die Kosten für Erhalt und Betrieb einer Gebäudeanlage können über die gesamte Nutzungsdauer leicht das 10-15fache der ursprünglichen Investitionskosten erreichen.

Strategisches und operatives Facility Management setzen auf technisches und kaufmännisches Know-how zur Optimierung der Bewirtschaftungskosten von Immobilien und helfen somit Kosten zu senken.

Die Leistungen der MVV Energie AG beinhalten die Beratung, eine Ist-Analyse und Lösungskonzepte. Das umfasst: Betriebs- und Instandhaltungsmanagement, Gebäude- und Energiemanagement sowie Kostenmanagement. Hinzu kommen die klassischen Dienstleistungen wie Reinigung, Catering und Fuhrparkmanagement.

Der Vorteil liegt auf der Hand: die effiziente, werterhaltende und serviceorientierte Bewirtschaftung der Gebäude und Liegenschaften wird dauerhaft gesichert.

Firmenprofil

Die WEKA MEDIA GmbH & Co. KG ist einer der führenden Verlage Deutschlands für Fachinformationen im Business-to-Business-Bereich. Der Fachverlag ist ein Unternehmen der in sechs europäischen Ländern operierenden WEKA Business Information GmbH & Co. KG. Anfang 2001 ist WEKA MEDIA aus dem Zusammenschluss der WEKA Bauverlage, der WEKA Management-Verlage und des WEKA Fachverlags für Technische Führungskräfte hervorgegangen.

Die WEKA MEDIA GmbH & Co. KG bietet qualitativ hochwertige praxisbezogene Produkte und Services an und nutzt dafür ihre hohe Medienkompetenz: Das Spektrum reicht von Print-, Software- und Onlineprodukten über Videos und CBT bis hin zu Seminaren und Kongressen. Das Produktportfolio wendet sich an Fach- und Führungskräfte aus den Bereichen Technik, Sicherheit, Gesundheit und Umwelt, Management und Behörden, Bauhandwerk, Architektur und Immobilienwirtschaft sowie Informationstechnologie.

Weitere Informationen und Bildmaterial: WEKA MEDIA GmbH & Co. KG, Pressestelle, Christina Joost, Römerstraße 4, 86438 Kissingen Fon 08233.23-7638, Fax 08233.23-7560, christina.joost@weka.de www.weka.de Kundenberatung und Bestellung: Tel. 0180/45678-30 oder service@weka.de

Handelsbarrieren überwinden:

Grüner Punkt als Finanzierungs-Zeichen für Verpackungsrecycling

In Deutschland wird der Grüne Punkt bereits seit 1991 auf Verpackungen aufgedruckt. Zur Etablierung des Grünen Punktes als einheitliches europäisches Markenzeichen wurde 1995 auf Initiative der Duales System Deutschland AG die Packaging Recovery Organisation Europe s.p.r.l. (PRO EUROPE) mit Sitz in Brüssel gegründet. Das Duale System hat die europäischen Nutzungsrechte für die Marke „Der Grüne Punkt“ mit Ausnahme von Deutschland auf PRO EUROPE übertragen.

Als eine ihrer Hauptaufgaben sieht es PRO EUROPE an, Handelsbarrieren bei der Umsetzung der Verpackungsrichtlinie der Europäischen Union (EU) zu vermeiden. Diese schreibt vor, dass im Verpackungsrecycling Verwertungsquoten von 50 bis 65 Gewichtsprozent erreicht werden müssen.

Erfolgreich etabliert

Trotz der länderspezifischen Unterschiede zwischen den Systemen hat sich der Grüne Punkt inzwischen erfolgreich etabliert: Neben Deutschland nutzen ihn Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Türkei, Tschechien, Ungarn und Zypern als Finanzierungszeichen.

Weitere Länder interessiert

Mit Kanada und Großbritannien wurden Kooperationsverträge geschlossen. Weitere Länder haben Interesse an der

Nutzung des Grünen Punktes bekundet.

PRO EUROPE

PRO EUROPE vergibt die Nutzungsrechte nach einheitlichen Regeln an anerkannte nationale Sammel- und Verwertungssysteme, die zur Umsetzung der EU-Verpackungsrichtlinie gegründet worden sind. In Abstimmung mit den europäischen Kartellbehörden überprüft PRO EUROPE im Vorfeld die Vergabevoraussetzungen für den Grünen Punkt an Hersteller und Vertrieber von Verpackungen.

Zentrum eines Netzwerks

Seit seiner Gründung hat sich PRO EUROPE auch zum Zentrum eines europäischen Netzwerks entwickelt, das den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen nationalen Entsorgungssystemen organisiert. Darüber hinaus koordiniert und vertritt PRO EUROPE die Interessen der unterschiedlichen Mitglieder auf politischer Ebene: Dies beinhaltet zum Beispiel Gespräche mit

Vertretern der EU-Kommission, Mitgliedern des Europäischen Parlaments oder anderen Institutionen.

PRO EUROPE stehen zwei Geschäftsführer vor. Die Organisation verfügt jedoch nicht über eigenes Personal. Vielmehr übernehmen Mitar-

beiter der nationalen Grüner-Punkt-Organisationen vielfältige Aufgaben.

Weltweit meistgenutzt

Der Grüne Punkt ist das weltweit meistgenutzte Markenzeichen - er wird europaweit inzwischen auf mehr als 460 Milliarden Verpackungen gedruckt. In rund 160 Ländern genießt der Grüne Punkt Markenschutz.

Ausführliche Informationen zu PRO EUROPE gibt es unter www.pro-e.org

Duales System ist fit für Wettbewerb

Vorstandsvorsitzender Hans-Peter Repnik sprach beim Symposium „Abfallwirtschaft der Zukunft“ in Stuttgart

Das Duale System stellt sich für die Herausforderungen des zukünftigen Verpackungsre-

ernst und richten unsere Unternehmensstrategie danach aus“, erklärte der Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Repnik auf der Veranstaltung der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion zur Abfallpolitik in Stuttgart.



Hans-Peter Repnik.

cyclings neu auf. „Wir nehmen unsere Rolle als Marktführer im fairen Wettbewerb



Eine Frau und ein Mädchen werfen Kunststoff- bzw. Papierverpackungen in eine Blaue bzw. Gelbe Tonne.

packungsverwertung in Deutschland erhalten und sichern.

Hohe Leistungsfähigkeit

Repnik betonte die Leistungsfähigkeit des Dualen Systems und die Bedeutung der Verpackungsverwertung für den Umweltschutz. „Seit Jahren leisten wir weitaus mehr als das, was der Gesetzgeber verlangt.“

Allein im Jahr 2002 seien in Deutschland pro Einwohner durchschnittlich knapp 77 Kilogramm Verpackungen erfasst worden. Aber Recycling bringe nicht nur Wertstoffe in

den Produktionskreislauf zurück, sondern spare auch Energie und vermindere die Emission von Treibhausgasen.

Innovationsprogramm

Repnik: „Durch unser Innovationsprogramm 2007 stehen wir auch weiterhin an der Spitze der technologischen Entwicklung in der Abfallwirtschaft, um Recycling effektiver und letztlich auch preiswerter zu machen. Diesen Anspruch werden wir auch und gerade in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Umfeld erfüllen.“

10 Jahre EMAS - 5 Jahre Kommunales Öko-Audit:

Bilanz und Perspektiven

Tagung von LfU Baden-Württemberg und LfU Bayern in Ulm

Lange schon sind Umweltmanagement und Öko-Audit auch für Städte und Gemeinden keine Fremdworte mehr. Anlässlich des 10. Jahrestages der Einführung der EG-Öko-Audit-Verordnung und fünf Jahre nach der Zertifizierung der ersten beiden deutschen Kommunen Isny und Leutkirch zog eine gemeinsam von der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg und dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz durchgeführte Tagung in Ulm eine Bilanz der bisherigen Umsetzung des kommunalen Öko-Audits.

Die Allgäu-Städte Leutkirch und Isny sind noch heute stolz darauf, dass sie im Jahr 1998 bundesweit die ersten Gemeinden waren, denen eine Zertifizierung und Registrierung nach der EG-Öko-Audit-Verordnung gelungen ist. Das kommunale Öko-Audit hat im Allgäu also bereits eine längere Geschichte.

Großer Erfahrungsschatz

Wie Michael Krumböck, Umweltmanagementbeauftragter der Stadt Leutkirch, ausführte, „haben wir uns die vergangenen Jahre sehr intensiv mit dem kommunalen Umweltschutz und dem Öko-Audit beschäftigt“. Dementsprechend groß sei auch der Erfahrungsschatz. Am Beispiel der Entwicklung des Wasserverbrauchs im städtischen Schulzentrum zeigte er auf, in welchem Umfang durch den Aufbau eines Umweltmanagements Ressourcen und Kosten eingespart werden konnten.

Energie und Klimaschutz

„Das Öko-Audit und die Umweltarbeit werden in Leutkirch auch in den nächsten Jahren weitergehen“, betonte Krumböck. Trotz knapper Kassen müssten die Kommunen mit ihren Anstrengungen im Umweltschutz fortfahren. Dazu sollten die Möglichkeiten der externen Finanzierung von Maßnahmen noch konsequenter

genutzt werden. Wichtigstes Handlungsfeld sei der Bereich „Energie und Klimaschutz“. Durch die klimatisch bedingten Naturkatastrophen in den vergangenen Jahren müsse hier dringend gehandelt werden.

Managementsysteme

Laut Dr. Hans-Joachim Hoffmann, Berufsmäßiger Stadtrat und Leiter des Umweltreferats der Stadt Regensburg, haben die bisherigen Erfahrungen mit der Einführung von Managementsystemen in der Stadtverwaltung von Regensburg zu folgendem Fazit geführt: Wichtige Grundlage für die Einführung des Umweltmanagementsystems ist der Beschluss des Stadtrates und der Unterstützung von OB und Referent. Mit der Installation von Umweltmanagementsystemen soll bei Ämtern begonnen werden, die von engagierten Amtsleitern

geführt werden. Die Aufklärung über die Bedeutung und Vorteile von Managementsystemen ist von großer Wichtigkeit für den Erfolg. Es ist notwendig, engagierte UMS-Beauftragte zu bestimmen, die dafür sorgen, dass das Umweltmanagementsystem auch in der Zeit zwischen den Validierungen kontinuierlich gelebt wird.

Anne Köslers, Öko-Audit-Ko-

ordinatorin im Landratsamt München, bezeichnete die bereits erzielten Ergebnisse zwar als recht ansehnlich, „nichts desto trotz haben wir aber bei der Reduzierung unseres Wasser-, Strom- und Fernwärmeverbrauchs unsere gesetzten Ziele noch nicht erreicht“. Dass das

Sichere Entsorgungswege von Sonderabfällen:

Elektronisches Begleitschein-Verfahren im Freistaat in Betrieb

Das elektronische-Begleitschein-Verfahren (eBS) wird in Bayern erfolgreich eingesetzt. In einem erweiterten Probetrieb nehmen bislang mehr als 70 Firmen am Online-Verfahren teil. Bereits über 600 Begleitscheine sind elektronisch abgewickelt worden. Dabei entfällt bei den Firmen, bei denen besonders überwachungsbedürftige Abfälle anfallen, und den Transporteuren das aufwändige und fehlerträchtige herkömmliche Papierbelegverfahren, das bisher den Entsorgungsweg begleitet hat. Ziel des erweiterten Probetriebes ist es, eine kostengünstige Online-Umsetzung des Begleitschein-Verfahrens, die Eignung für eine Massenverarbeitung und den marktgerechten Einsatz des Systems durch kleine und mittlere Betriebe der Abfallwirtschaft zu testen.

Das Verfahren läuft seit Anfang 2003 über das zentrale Internet-Portal www.eBegleitschein.de. Erste Vorarbeiten starteten Ende 1999 auf Anregung des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz (LfU). Seit Anfang 2002 fördert das Bayerische Umweltministerium das elektronische Begleitschein-Verfahren im Rahmen eines Projektes.

Projektbeteiligte

Am Projekt sind neben dem LfU die beiden Mitauftraggeber Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB) und der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) e.V. sowie die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) und neun bayerische Hausmüllverbrennungsanlagen beteiligt.

Das Bayerische Institut für Angewandte Umweltforschung und -technik GmbH (BIFA) in Augsburg hat die Software entwickelt und betreut als Provider den Server des Internet-Portals.

Zugangsbereiche

Das Portal bietet mittels ENBEX-Schnittstelle unterschiedliche Zugangsbereiche für die Nutzer je nach Fallzahlen und benötigtem Leistungsumfang. Kleine und mittlere Betriebe mit geringem Sonderabfallaufkommen und ohne eigenes Fachpersonal für die Begleitscheinabwicklung können einfach mittels Internetbrowser auf das System zugreifen. Große Unternehmen mit hohem Sonderabfallaufkommen und Ent-

sorgungsweg mit entsprechender Massenverarbeitung von Begleitscheinen können vorhandene betriebliche Software nutzen und Entsorgungsdaten aus dem Begleitscheinverfahren direkt in eigene zentrale Finanz- und Qualitätssicherungssysteme integrieren. Das System prüft die eingegebenen Daten auf Plausibilität; das Fehlerpotenzial sinkt gegenüber dem herkömmlichen Papierbelegverfahren erheblich. Die Daten sind sofort verfügbar.

Keine Nachweispflicht

Das bayerische Online-Begleitschein-Verfahren verzichtet im Rahmen einer Befreiung von der Nachweispflicht auf das amtliche Formular in sechsfacher Ausfertigung. Der Abfallerzeuger druckt lediglich ein auf dem Portal generiertes einzelnes Begleitschein-Formular aus, das mit dem Abfall weitergegeben und mit den Unterschriften

Bayerische Abfallbilanz 2002

Insgesamt 4,14 Millionen Tonnen Wertstoffe wanderten 2002 in Bayern in Container, gelbe Säcke und Biotonnen oder wurden zu Wertstoffhöfen gebracht. Jeder bayerische Bürger sammelte rund 335 Kilogramm Wertstoffe wie Glas, Papier, Kunststoffe, Metall und Bioabfall. Dadurch konnten 71,6 % der in Haushalten anfallenden Abfälle verwertet werden. Noch 1991 betrug die Verwertungsquote nur knapp 40 %. Dank des Problembewusstseins und des Sammeleifers der Bürger nimmt Bayern bundesweit

Thema Öko-Audit inzwischen zu einem festen Bestandteil im Landratsamt München geworden ist, zeige auch, dass trotz knapper Kassen im Jahr 2004 Geld für die Re-Validierung bereit gestellt wird.

Notwendige Anpassung

Gerd Oelsner vom Agenda-Büro des LfU Baden-Württemberg oblag es, die Ergebnisse eines Workshops zum Thema „Verknüpfung des Öko-Audits mit anderen Prozessen (Lokale Agenda 21, Verwaltungsreform)“ vorzutragen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass EMAS für die Anwendung und bessere Verbreitung besonders in kleinen Gemeinden und Betrieben entsprechend angepasst werden muss. Strittig war dabei die Frage, inwieweit eine EMAS-Version „light“ dabei notwendig ist.

„Grüner Gockel“

Ein Kirchenvertreter wies auf das Modell „Grüner Gockel“ der evangelischen Kirche Baden-Württemberg hin, dass die EMAS-Verordnung speziell für die Anwendung in Kirchen aufbereitet hat. Dabei wird der EMAS-Standard komplett bewahrt, nur auf eine externe Zertifizierung wird bei den meisten und kleineren Einheiten verzichtet, wobei dort eigene Auditoren zum Einsatz kommen.

Angesichts der bereits vor-

handenen Vielfalt an Umwelt-Siegeln (EMAS, ISO-14.001, Öko-Profit u. a.) bestand Konsens darüber, diese Vielfalt nicht noch weiter anzureichern und kein neues Label mehr zu schaffen. EMAS soll in der Ausführung angepasst werden, das Öko-Audit-Verfahren einfacher und kostengünstiger gemacht werden. Es gilt Programme zu finden, die dies hinsichtlich der unterschiedlichen Betriebsgröße, der entstehenden Kosten und der Bildung von Netzwerken umsetzen.

Öko-Profit als Vorstufe

EMAS soll in andere Zertifizierungen eingebunden werden, andere Siegel im Bereich Umweltmanagement sollen sich auf das Öko-Audit beziehen. Ein Modell Öko-Profit wie in München, Ulm oder Esslingen, in dem Öko-Profit die Vorstufe zu EMAS bildet, fand allgemeine Zustimmung. Ein eigenes Öko-Profit-Siegel als Konkurrenz zu EMAS wurde abgelehnt.

Zwei Schnittstellen

Als zweiter Themenkomplex wurde im Workshop die Einbindung des Öko-Audits in eine nachhaltige Gemeindeentwicklung diskutiert. Hierfür wurden 2 Schnittstellen benannt: Die Verbindung mit der Politik, besonders dem Gemeinderat und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Eine wichtige Verbindung mit der Lokalen Agenda 21 bildet die Einbettung des Öko-Audits in eine nachhaltige Gemeindeentwicklung, die

das gesamte Handlungsspektrum hierfür umfasst und Programmpunkte zur Umsetzung verbindlicher formulieren kann. Als mögliche Themen und Beispiele wurden aus Kommunen der Klimaschutz als übergreifendes Programm und Projekte zur Direktvermarktung im Bereich Landwirtschaft genannt.

Nur kurz wurde im Workshop die Verknüpfung des Öko-Audits mit dem neuen Steuerungsmodell und der Verwaltungsreform diskutiert. Modellprojekte in Baden-Württemberg zur Verknüpfung des Öko-Audits mit der Verwaltungsreform führten nicht zu einer entsprechenden Integration umweltbezogener Elemente in das neue Steuerungsmodell. Als ein Beispiel für eine solche Verknüpfung wurde im Workshop die Stadt Wuppertal genannt.

Probleme und Nutzen

Dr. Volker Tröbs (Umweltgutachter Intechnica GmbH, Nürnberg) zufolge hat die Tagung gezeigt, dass viele Probleme (z. B. hoher Aufwand zum Führen Rechtskataster) natürlich auch mit einem großen Nutzen verbunden sind (Rechtssicherheit), so dass der Aufwand eigentlich nicht als Hinderungsgrund gesehen werden kann. Seitens des Staates werde ein stärkerer Beitrag gewünscht.

Zur Frage der Gutachterkosten müsse entschieden werden, für welche Einrichtung die externe Wirkung so groß ist, dass die Kosten gerechtfertigt sind und für welche nicht. DK

Hervorragende Abfallbilanz

Ingolstadt weiterhin an der Spitze der zehn größten bayerischen Städte

Auch im neunten Jahr nach der flächendeckenden Einführung von Bio- und Papiertonnen kann das Restmüllaufkommen in Ingolstadt auf einem erfreulich niedrigen Stand gehalten werden. Im Jahr 2003 mussten lediglich rund 143,6 kg je Einwohner und Jahr an nicht wieder verwertbaren Abfällen der MVA zugeführt werden. Das ist die niedrigste Pro-Kopf-Menge, die jemals erreicht wurde. 1990 waren es noch 246 kg.

Gleichzeitig wurden bei der Papiertonne und der Biotonne erneut beachtliche Mengen erzielt. So beträgt das Aufkommen im Jahr 2003 bei der Papiertonne 72 kg, bei der Biotonne 95 kg je Einwohner und Jahr. Diese Zahlen belegen, dass die Stadt Ingolstadt mit ihrem Abfallwirtschaftskonzept, das Holsysteme für die mengenmäßig größten Fraktionen (Biomüll und Papier) und Bringsysteme für die restlichen Wertstoffe vorsieht, auf dem richtigen Weg ist.

Im Vergleich der zehn größten bayerischen Städte weist Ingolstadt nunmehr bereits seit mehreren Jahren die geringste Restmüllmenge auf. Da die Zahlen für das Jahr 2003 vom Bayerischen Landesamt für Umweltschutz erst noch bayernweit erhoben werden, beziehen sich die folgenden Angaben auf das Jahr 2002:

Ingolstadt - 117.909 Einwohner - 149,29 kg Haus- und Sperrmüll pro Einwohner
Fürth - 111.293 E. - 150,02 kg/E
Erlangen - 101.906 E. - 164,28 kg/E
Augsburg - 258.727 E. - 185,95 kg/E.
Bamberg - 69.551 E. - 187,47 kg/E.
Würzburg - 130.584 E. - 190,09 kg/E
Bayreuth - 74.363 E. - 203,41 kg/E.
München - 1.232.089 E. - 252,23 kg/E.
Regensburg - 127.464 E. - 255,62 kg/E.
Nürnberg - 491.991 E. - 264,74 kg/E.

DK

Sonderabfallentsorgung Bayern GmbH (GSB):

Planmäßige Nachfolge des Aufsichtsratsvorsitzenden

Zu den Ausführungen der Grünen zur GSB erklärte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf u.a.: „Die Nachfolge des ausgeschiedenen Aufsichtsratsvorsitzenden der GSB wird planmäßig vollzogen werden. Bis zu einer Neubestellung habe ich den Umweltsenator der Stadt Nürnberg, Herrn Dr. Klemens Gsell, gebeten, den Vorsitz des Aufsichtsrates zu führen.“

„Herr Dr. Gsell“, so Schnappauf weiter, war bereits bisher stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und hat das Mandat angenommen. Damit ist der Aufsichtsrat der GSB voll handlungsfähig.

Der Betrieb der GSB ist durch den Wechsel im Aufsichtsratsvorsitz in keiner

Weise berührt. Die Ausschreibung zur Nachfolge in der Geschäftsführung der GSB läuft ebenfalls planmäßig. Im Ergebnis ist damit zu rechnen, dass im Frühjahr die neue Geschäftsführung und der neu bestellte Aufsichtsratsvorsitzende die Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen.“

Zehn Jahre Landschaftspflege-Verband Dingolfing-Landau

Bei einem Festakt anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Landschaftspflegeverbandes Dingolfing-Landau stellte Landrat Heinrich Trapp die kooperative Zusammenarbeit zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Kommunalpolitik in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts habe der LPV 1,6 Millionen Euro in Projekte zum Natur- und Landschaftsschutz investiert - „eine Summe, die zum Großteil der Landwirtschaft im Landkreis zugute kam“, wie Trapp betonte.

Die Projekte des LPV verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Gemeinden des Landkreises, sondern orientierten sich an der Wertigkeit der einzelnen Naturräume und deren Bedarf an bewahrender Landschaftspflege. Überaus reichlich mit ökologisch wertvollen Flächen seien z.B. die Gemeinden Mamming und Pilsting mit ihren Naturschutzgebieten ausgestattet, fuhr Trapp fort. Dies sei der Grund dafür, weshalb sich auch der Landkreis im Rahmen des LIFE-Projektes hier finanziell engagiert habe.

Die Geldsumme, die der Landschaftspflegeverband in die Projekte einzelner Gemeinden investiere, spiegle deren Ausstattung an ökologisch bedeutsamen Flächen wieder. Besonders viele Projekte seien deshalb in den Isartal- und Vils-

talgemeinden durchgeführt worden, „sind doch diese beiden Flusstäler aus Sicht des Arten- und Lebensraumschutzes Bayern, ja sogar europaweit bedeutsam“.

Ungerechtigkeit gegenüber den Landwirten

Eher unparadiesische Zustände stünden dem Naturschutz jedoch mit dem Sparprogramm der Bayerischen Staatsregierung ins Haus, erklärte der Landrat. Prioritätensetzung sei gut, doch dass vom Umweltministerium zwar alle auslaufenden Vertragsnaturschutzvereinbarungen verlängert worden seien, die Mittel für Landschaftspflegemaßnahmen jedoch mehr als halbiert würden, sei ungerecht gegenüber den in der Landschaftspflege tätigen

Landwirten. Gerade sie pflegten und betreuten mit hohem persönlichen Engagement die hochwertigsten Biotop des Landkreises. Trapp: „Hier einzusparen ist aus ökologischer Sicht fatal. So können wir nur im Namen der Landkreisbevölkerung an unsere Abgeordneten appellieren, im bayerischen Doppelhaushalt 2005/2006 wieder mehr Gelder zur Bewah-



Landrat Heinrich Trapp.

runng unserer bayerischen Landschaft und ihrer vielfältigen Lebensräume zur Verfügung zu stellen.“

Die positiven Auswirkungen der Verbandsarbeit auf Natur und Landschaft des Landkreises Dingolfing-Landau stellten aus Sicht der Landwirtschaft Walter Heidl, Kreisobmann und Präsident des Niederbayerischen Bauernverbandes, aus Sicht des Naturschutzes Franz Meindl, Kreisgruppe des Bundes Naturschutz, sowie aus Sicht der Kommunalpolitik Reiner Schachtner, Bürgermeister der Gemeinde Loiching, dar.

Konnexitätsprinzip

Schachtner zufolge unterstützt der Landschaftspflegeverband seit seiner Gründung die Gemeinden und den Landkreis bei der Umsetzung der Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege wie sie im Bayerischen Naturschutzgesetz formuliert sind, in dem der Naturschutz als verpflichtende Aufgabe für den Staat, die Kommunen und jeden einzelnen Bürger bzw. Grundbesitzer erklärt wurde. Dieses Gesetz diene auch der Arbeit des LPV als Maxime, wobei auch hier das Konnexitätsprinzip gelten müsse.

Politisches Versäumnis

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings und Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, kritisierte, dass Aspekte der Biodiversität und der Nachhaltigkeit von Politik und Wirtschaft zu wenig beachtet würden. Dies sei ein politisches Versäumnis mit gravierenden Folgen. Benötigt würde vor allem die Entwicklung geeigneter Indikatoren und Zielvorgaben für die Erhaltung der Biodiversität, ebenso eine ehrliche und offene Bilanz. Äußerst dringlich sei es, die Betroffenen zu erreichen, die für die Anliegen zum Schutz des „grünen Goldes“ gewonnen werden müssen. Weinzierl forderte, eine schöpfungsfreundliche „Philosophie des Lebendigen“ zu entwickeln und ein neues Verhältnis der Menschen zur Tier- und Pflanzenwelt aufzubauen.

In einer abschließenden Diskussion wurde noch einmal deutlich, dass der Schutz und der Umgang mit Biodiversität entscheidende Schlüsselfaktoren der Zukunftsbewältigung sind. „Aus uns selber, die wir betroffen seien, müssten Botschafter für die Erhaltung der Biodiversität, des ‚grünen Goldes‘ werden“, forderte Dr. Christoph Goppel, der Direktor der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege in seinem Resumée. DK

Natürlich, so Schachtner, sei es eine Entlastung für die Gemeinden, wenn der LPV ökologisch wertvolle Flächen im Gemeindebesitz nach naturschutzfachlichen Kriterien betreue und pflege. Auch in Privatbesitz befindliche ökologisch hochwertige Grundstücke würden auf Wunsch der Besitzer vom Verband betreut und so die naturschonende Bewirtschaftung dieser Biotopflächen gewährleistet. Allgemein herrsche im Verband eine gute vertrauensvolle Zusammenarbeit. Damit entspreche die Tätigkeit des LPV den Zielen der kommunalen Agenda.

In seinem Festvortrag „Kulturlandschaft - Wiedergewinnung des Paradieses“ verwies Dr. Josef Heringer, Dozent bei der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, eingangs darauf hin, dass nur wenige wüssten, dass Bayerns größte Wertschöpfung in der Kulturlandschaft stattfindet. Der Tourismus sei der größte - fast flächendeckende - Wirtschaftsfaktor, der die Schönheit und Eigenart des Landes in Arbeit, Gewinn und Existenz umsetzt. Hinzu komme, dass die „sanften Standortfaktoren“ einer attraktiven, weil vielfältigen Landschaft für Image und Personal vieler renommierter Firmen höchste Priorität haben. „Elite“ meide oft das, was sie durch unbedachtes Wirtschaften verbraucht und suche umso mehr Landschaft mit „Corporate Identity“. Diese finde sie weniger in der Zivilisations-, denn in der Kulturlandschaft.

Angesichts von drastischer Kürzung bedrohter Landschaftspflegemittel sei es an der Zeit, um so mehr das „hohe Lied“ der Kulturlandschaft zu singen, sagte Heringer. Dieser wertvolle Schatz 6000-jährigen bayerischen Kulturerbes brauche Verbündete, die ihn kennen, „wertschätzen“ und pflegen. Nicht nur den Landwirten allein obliege diese Aufgabe, sie sei jedem angetragen, der nicht nur Wohnort und Arbeitsplatz benötigt, sondern auch „Heimat“, die ihn glücklich zu machen versteht und kreativ hält. DK

Vinyl 2010

Die Freiwillige Selbstverpflichtung der PVC-Industrie zur nachhaltigen Entwicklung ist ein auf 10 Jahre angelegtes Programm, das eine Halbzeitbewertung der Ziele im Jahr 2005 und eine Festlegung neuer Ziele im Jahr 2010 unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts und der Erweiterung der EU beinhaltet. Bestandteil des Programms ist darüber hinaus auch ein strikter Überwachungsprozess hinsichtlich seiner Umsetzung in Form von zertifizierten Jahresberichten.

Als juristische Person wird Vinyl 2010 die Verantwortung für die Verwaltung der Freiwilligen Selbstverpflichtung übernehmen, die den gesamten Komplex der PVC-Industrie umfasst und für eine Partnerschaft mit allen Interessenten offen steht. Die PVC-Industrie wird einen finanziellen Unterstützungsplan bereitstellen, insbesondere für neue Technologien und Wertungssysteme, dessen Gesamtvolumen für die Dauer des 10-Jahres-Programms bis zu 250 Mio. Euro betragen wird.

Vinyl 2010 beinhaltet folgende Leitaktionen und Verpflichtungen:

- Einhaltung der ECVM-Charta in Bezug auf Emissionsgrenzwerte bei der PVC-Herstellung;
 - Plan für eine vollständige Substitution von Bleistabilisatoren bis 2015 zusätzlich zu der seit März 2001 geltenden Substitution von Cadmium-Stabilisatoren;
 - Die Verwertung von 200.000 Tonnen „Nach-Gebrauch PVC-Abfällen“ im Jahr 2010. Dieses Ziel kommt zu den 1999 beschlossenen Verwertungsmengen für „Nach-Gebrauch-Abfälle“ sowie zur etwaigen Verwertung von „Nach-Gebrauch-Abfällen“ gemäß den Erfordernissen der Umsetzung der EU-Richtlinien über Verpackungsabfälle, Altautos und Elektro- und Elektronikaltgeräte für den Zeitraum nach 1999 hinzu;
 - Verwertung von 50% der erfassbaren verfügbaren PVC-Abfälle von Fensterprofilen, Rohren, Armaturen und Dachfolien ab 2005 sowie von Fußbodenbelägen ab 2008;
 - Ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm über neue Verwertungs- und Rückgewinnungstechnologien einschließlich der rohstofflichen Verwertung und der lösemittelbasierten Technologien;
 - Die Umsetzung einer mit der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (European Mine, Chemical and Energy Workers' Federation - EMCEF) unterzeichneten Sozialcharta zur Entwicklung von Normen für den sozialen Dialog sowie für Ausbildung, Gesundheitsschutz, Sicherheit und Umweltschutz, einschließlich einer Übertragung dieser Normen auf die EU-Beitrittsländer;
 - Partnerschaft mit den Kommunen innerhalb der „Association of Communes and Regions for Recycling (ACRR)“ mit dem Ziel der Förderung von besten Praktiken sowie von lokalen Pilotmaßnahmen auf dem Gebiet der Verwertung.
- Mit Vinyl 2010 verpflichtet sich die PVC-Industrie zur Umsetzung der wichtigsten Grundsätze und Maßnahmen für den Zeitraum 2000 bis 2010 und darüber hinaus.

Dabei sind folgende Bereiche betroffen:

- PVC-Herstellung
- Additive - Weichmacher und Stabilisatoren
- Abfallentsorgung
- Sozialer Fortschritt und Dialog
- Management-, Überwachungs- und Finanzierungsplan.

50 Jahre Chinesenfascung in Dietfurt:

Bürgermeister Franz Stephan legt den gelben Kittel an

Einschätzungen des Stadtoberhauptes zum Dietfurter Nationalfeiertag

Dietfurt. Wenn in vielen Städten und Gemeinden spätestens zum Ende der närrischen Zeit Prinz und Prinzessin mit den Elferäten und Gardemädchen von den Bürgermeistern den Ratssausschlüssel und die Übergabe der Gemeindekasse einfordern, ist dies in der Altmühl- und Siebentälerstadt Dietfurt etwas anders. Denn hier ist der Fasching - inzwischen seit 50 Jahren - chinesisch geprägt, und auch der Bürgermeister und seine Stadträte werden spätestens am Unsinnigen Donnerstag zu Chinesen und Untertanen des Kaisers.

Weit über die Grenzen Bayerns und Deutschlands hinaus bekannt ist der Dietfurter Chinesenfascung, den die Stadt Dietfurt alljährlich veranstaltet. Seit Mai 2002 ist Bürgermeister Franz Stephan das Oberhaupt von „Bayrisch China“. Der Rathauschef gab darüber Auskunft, wie er bisher den Chinesenfascung erlebt hat, was diese Veranstaltung für die Stadt Dietfurt bedeutet und inwieweit die knappen Kassen auch Auswirkungen auf diese Veranstaltung haben.

Seit 1978 ist Franz Stephan im Dietfurter Stadtrat. Obwohl bei diesem Event die Farbe Gelb dominiert, machen alle Stadträte, ganz egal welcher Couleur, bei diesem Spektakel mit. „Der Bürgermeister und die Stadträte sind immer im direkten Umfeld des Kaisers angesiedelt“, erzählt Stephan. Vor einigen Jahren verkleideten sich die Kommunalpolitiker zum Beispiel als Mandarinrat oder als chinesischer Drache, der sich dann in einen farbenprächtigen Schmetterling verwandelte. „Heuer macht der Stadtrat als Beratungsgremium des Kaisers mit, sozusagen als Doktoranden von Kaiser Ko-Houang-Di. Wir werden gelbe Kittel und Doktorhüte mit chinesischen Schriftzeichen tragen“, verrät das 53-jährige Stadtoberhaupt.

Unvergessliches Erlebnis

Ganz besonders erinnert sich Stephan an ein Ereignis aus der vergangenen Legislaturperiode, als er das Amt des 2. Bürgermeisters innehatte. Vom Dietfurter Chinesenfascung wurde via Fernsehen sogar im echten China berichtet, woraus sich gegenseitige Besuche ergaben. Der Besuch einer Delegation aus Peking in Dietfurt war für den damaligen 2. und jetzigen 1. Bürgermeister

ein Highlight, das er nicht missen möchte.

Für den Bürgermeister von „Bayrisch China“ besteht natürlich zwischen dem 11.11. (Proklamation) und dem Unsinnigen Donnerstag (Dietfurter Feiertag) Anwesenheitspflicht bei vielen Fascungsveranstaltungen und Bällen. Pflichtbewusst trug der Dietfurter Bürgermeister, der seit dem Amtsantritt von Kaiser Ko-Houang-Di im November 2000 in der närrischen Zeit gemäß der echten chinesischen Bezeichnung „Shi-Zang“ (= „Bürgermeister“) gerufen wird, beim Jubiläums-Chinesenball heuer am 24. Januar einen Kittel mit aufgestickten chinesischen Schriftzeichen. Als besondere Ehre bekam

er die Kette des Kaisers umgehängt.

Klare Identifikation

Nicht nur in Dietfurt, sondern auch im Dietfurter Stadtteil Töging sowie in Berching dienen die Ortsspitzenamen als Grundlage für Fascingsbräuche. Doch auch außerhalb des Fascings werden die Dietfurter als „Chinesen“ angeredet. Da könnte doch der eine oder andere Bürger schon mal des Spitznamens überdrüssig werden. Jedoch: „Die Dietfurter freuen sich, wenn sich jemand das Jahr über an ihre Stadt als „Bayrisch-China“ erinnert. Doch nur zur Fascingszeit identifizieren sich viele mit dem Wort ‚Chinesen‘, so Bürgermeister Stephan. Das ganze Jahr über weist der im Jahre 1961 geschaffene Chinesenbrunnen in der Stadtmitte auf den Spitznamen und die Fascingsattraktion hin.

Eine solche Veranstaltung ist natürlich mit viel Geld verbunden. „Die Ausgaben werden weitgehend durch Spenden seitens der einheimischen Ge-



Übergabe Kaiserkette: „Shi-Zang“ Franz Stephan erhält die Kette des Kaisers Ko-Houang-Di. Foto: Stadt Dietfurt

schäftswelt und der Bevölkerung sowie durch Abzeichenverkauf ausgeglichen“, bemerkt hierzu der Rathauschef.

Bis zu 20.000 Besucher, weit mehr als Dietfurt Einwohner hat, lockt der Chinesenfascung jährlich in die Altmühlstadt. Trotzdem ist dieser „Event“ kein Faktor für den Tourismus, da die Veranstaltung nicht in der üblichen Reisezeit liegt. „Der Chi-

neseanfascung ist jedoch eine Werbeattraktion, die die Stadt bekannt macht“, gibt Stephan zu. Und bekannt ist Dietfurt inzwischen auch in China. Trägt also der Chinesenfascung letztlich auch zur Völkerverständigung bei? Der Dietfurter Stadtchef wünscht sich zum Jubiläums-Chinesenfascung am Unsinnigen Donnerstag viele Besucher und keine negativen Vorkommnisse. „Jeder soll eine angenehme und gute Erinnerung von Dietfurt mitnehmen.“

Markus Bauer

Heiler schreibt an Bürgermeisterkollegen wegen drohender Bezirksumlagenerhöhung:

Das Ende der Fahnenstange

Aufgrund der Auswirkungen einer offensichtlich drohenden Bezirksumlagenerhöhung von etwa 2%-Punkten hat sich Rudolf Heiler, Erster Bürgermeister der Stadt Grafing und Bezirksverbandsvorsitzender Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags, in folgendem Schreiben mit Datum vom 3. Februar an die Ersten Bürgermeister der Städte, Märkte und Gemeinden im Regierungsbezirk Oberbayern gewandt:

„Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, letzte Woche habe ich mich in einem Schreiben an den Herrn Präsidenten des Bezirks Oberbayern, Franz Jungwirth, wegen der Auswirkungen einer offensichtlich drohenden Bezirksumlagenerhöhung von etwa 2%-Punkten gewandt und darauf aufmerksam gemacht, dass dies von den meisten oberbayerischen Gemeinden nicht verkräftet werden kann.

Trotz mehrerer Proteste, wie dem des oberbayerischen Gemeindetags, einiger Bürgermeister und Landräte, habe ich gestern und mit heutiger Bestätigung davon erfahren, dass der Bezirk Oberbayern eine Erhöhung der Bezirksumlage um 2,5 % ernsthaft in Erwägung zieht. Nach Vorberatung im Bezirksausschuss am 11. 2. soll der Bezirkstag am 12. 2. 2004 auf dieser Grundlage den Haushalt verabschieden.

Ich halte dieses Vorgehen für völlig inakzeptabel, wobei ich nicht verhehle, dass es dafür sicherlich eine Reihe von gewichtigen Gründen gibt. Andererseits muss dieser offenbar in den nächsten Jahren zu befürchtenden Dynamik frühzeitig Einhalt geboten und auch dem Bund wie dem Freistaat Bayern aufgezeigt werden, dass ohne Reformänderungen im kommunalen Finanzierungssystem das Ende jeglicher Investitionstätigkeit in den Gemeinden schon heuer eingeleitet wird. Eine Umlagesteigerung in dieser noch nie da gewesenen Höhe dürfte unweigerlich in den meisten oberbayerischen Landkreisen zu Kreisumlagenentsätzen von nun über 50 Punkten führen.

Aus voller kommunalpolitischer Überzeugung und beseelt von der Aufrechterhaltung unserer kommunalen Selbstverwaltung ist eindeutig festzustellen, dass dies verhindert werden muss!

Deshalb möchte ich Sie bitten, da nicht zuletzt den Gemeinden die „Gemeindefinanzreform“ außer der Heilung eines 2001 geschehenen Unrechts bei der Gewerbesteuerumlage nichts gebracht hat (Kompensation mit den Auswirkungen der Einkommensteuerreform) mit der Aussage dahingehend einzustim-

men, dass das „Ende der Fahnenstange“ erreicht ist. Ein letztes probates Mittel, diesen Schritt zu verhindern wäre, dass sich jede Bürgermeisterin / jeder Bürgermeister mit einem eigenen Schreiben an den Herrn Bezirkstagspräsidenten (Franz Jungwirth) wendet und unter Anführung der jeweiligen Haushaltssituation 2004 dagegen protestiert. Hier genügen letztlich einige wenige, aber dafür markante Sätze als Argumentation.

Unabhängig wie die jeweiligen Landkreishaushalte aufgestellt werden, geht es um eine

Finanzmasse von rd. 85 Millionen Euro, die letztlich von den Gemeinden - zusätzlich - finanziert werden müssten. Wenn gleich es bekanntlich unserem kommunalen Spitzenverband bei der Finanzausgleichsverhandlungen gelungen ist, die Höhe der Schlüsselzuweisungen (zu 2003) beizubehalten, werden heuer in Oberbayern 42,8 Millionen Euro (= 21,2%) weniger Ausgleichszahlungen geleistet. Dies gilt es also zusätzlich zu verkraften (zusammen fast 128 Millionen Euro!). Können wir dies?

Also hier mein nochmaliger Appell: mit Solidarität, diese Entwicklung geschlossen zu verhindern versuchen. Bitte beachten Sie aber in Ihren Reaktionen die o.g. Terminlage.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!“



Neu: Aufenthaltsgenehmigung mit integriertem Lichtbild

Die Ausländerbehörde des Landratsamtes Bamberg gibt als eine der ersten der rund 700 Ausländerbehörden der Bundesrepublik Deutschland Aufenthaltsgenehmigungen mit dem Lichtbild des Inhabers heraus. Die Maßnahme erhöht die Fälschungssicherheit. Die Genehmigung wird in den Pass der aufenthaltsberechtigten Person eingeklebt. Spätere Manipulationen werden so erschwert, weil nun nicht nur der Name, sondern auch das Lichtbild auf der Aufenthaltsgenehmigung mit den Angaben im Pass stimmig sein müssen.

Das EU-Gemeinschaftsrecht fordert, dass bis 15. August 2007 alle Ausländerbehörden die technischen Voraussetzungen für die Einführung des integrierten Lichtbildes schaffen. „Die hervorragende technische Ausstattung des Landratsamtes und die gute Zusammenarbeit mit der EDV-Abteilung einerseits und dem Software liefernden Unternehmen andererseits hat diese rasche Umsetzung möglich gemacht“, erläutert Sachgebietsleiter Thomas Hummel. Das Landratsamt fungiert hier wieder einmal als Pilotbehörde, die zusammen mit einer Softwarefirma ein Verfahren entwickelt, das dann von anderen Behörden übernommen werden soll. Für die Test-Genehmigung wurde kurzerhand eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde zur „Musterausländerin“ erklärt. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: Sachbearbeiterin Andrea Böhm, Sachgebietsleiter Thomas Hummel, Sachbearbeiter Andreas Burger.



Bei der Einweihung des runderneuten Penzberger Krankenhauses überreichte Architekt Walter Koch (l.) den Schlüssel des Hauses an Direktor Manfred Krahl (Mitte) und Landrat Luitpold Braun (2. v. r.) Mit im Bild Penzbergs Bürgermeister Hans Mummert.

Eine neue Klinik für Penzberg

Penzberg - Nach mehr als fünf Jahren Bautätigkeit konnte jetzt der Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau, Luitpold Braun, in der Stadt Penzberg das voll erneuerte Krankenhaus endgültig seiner Bestimmung ergeben.

Rund 19 Millionen Euro flossen in die Erneuerung, die unter der Federführung der Krankenhaus GmbH durchgeführt wurde. In drei Bauabschnitten wurde die alte Penzberger Klinik, hervorgegangen aus dem früheren Knappschaftskrankenhaus der ehemaligen Bergwerksstadt Penzberg, saniert und in wesentlichen Teilen erneuert. Landrat Luitpold Braun beim Festakt: „Hier steht eine neue Klinik.“ Braun betonte, dass die Erneuerung nur mit Unterstützung des zuständigen Ministeriums und der Regierung von Oberbayern möglich geworden sei.

Übernahme der Kosten

Der Landkreis Weilheim-Schongau hatte durch die Übernahme der Kosten, die nicht durch staatliche Zuschüsse gedeckt waren, und die Zwischenfinanzierung der Zuschüsse die Baumaßnahmen abgesichert. In drei Bauabschnitten erhielten die Penzberger zunächst einen neuen Pflege- und Patien-

tenstrakt. Im dritten und letzten Bauabschnitt wurde nach dem Abriss des alten Patientenhauses nach modernsten Erkenntnissen eine völlig neue Entbindungstation sowie eine Intensivstation eingerichtet. Für die Mitarbeiter des Hauses wurden in diesem Neubautrakt neue Sozialräume eingeplant. Sehenswert ist darüberhinaus die neue ökumenische Hauskapelle mit Blick auf die Berge.

Hochwertige Versorgung

Manfred Krahl, Direktor der landkreisweiten Krankenhaus GmbH betonte, den Bürgern aus der Stadt und deren Umland stehe nun eine medizinisch hochwertige Krankenhaus-Versorgung in einem zeitgemäßen Umfeld zur Verfügung. Die Klinik verfügt über 110 Betten für die Patienten der Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Anästhesie, sowie die Belegabteilungen Frauenheilkunde, Geburtshilfe und HNO-Heilkunde.

Elvira Mrotzek

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scheribelle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer, Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Ludwig Zellner ist OB-Kandidat in Landshut

Der CSU-Mann will die Finanzen konsolidieren / Zukunftssicherheit für die Stadt und ihre Menschen

Über dreißig Jahre brauchte sich die kreisfreie Stadt Landshut keine Gedanken um einen neuen Oberbürgermeister zu machen. Denn Städtetagspräsident Josef Deimer galt seit seinem Amtsantritt 1970 als unangefochtener Favorit auf dem Sessel des Stadtoberhauptes. Doch weil Deimer aus Altersgründen nicht mehr kandidieren darf, galt es für die Wahl im Oktober einen neuen Mann zu küren, was die Gemüter in der niederbayerischen Stadt heftig bewegte.

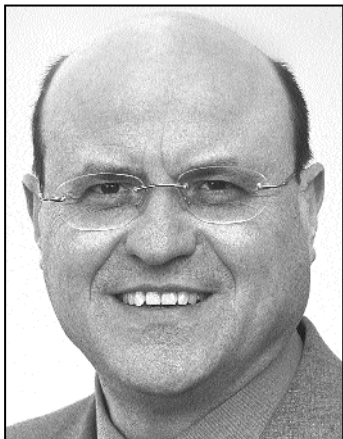
Nun, die Spannung hat sich inzwischen gelöst und bei der Nominierungsversammlung im November ging aus dem dreiköpfigen Kandidatenkreis der langjährige zweite Bürgermeister Ludwig Zellner als Sieger hervor. Der 50 Jahre alte Gymnasiallehrer schaffte es mit sieben Stimmen Vorsprung gegen seinen Rivalen Hans Rampf, den Fraktionsvorsitzenden der CSU im Stadtrat. Es war eine knappe Mehrheit im zweiten Wahlgang. Zwar ist das noch keine endgültige Entscheidung bis zur OB-Wahl, aber bisher sind alle Oberbürgermeister in Landshut von der CSU gestellt worden und seit dem zweiten Weltkrieg hat sich die CSU als die führende politische Kraft behauptet.

Eigenen Stil entwickeln

„Es kann nichts bleiben wie es ist“, meint OB-Kandidat Zellner, „alles ist der Veränderung unterworfen“. Aufbauend auf der guten kommunalen Plattform, die OB Deimer geschaffen hat, will er fortfahren, die Stadt zukunftsorientiert und nachhaltig weiterentwickeln. Daher dürfe der Nachfolger seinen Vorgänger nicht nachahmen oder kopieren, sondern er müsse seinen eigenen Stil entwickeln und auf seine Art Politik gestalten. „Dabei werden neue Wege zu beschreiten und Innovationen erforderlich sein.“

Ludwig Zellner ist gebürtiger Landshuter, Jahrgang 1954 und aufgewachsen in der Ländgasse. Als Sohn einer Hausfrau und eines Werkerarbeiters legte er sein Abitur am Hans-Carossa-Gymnasium ab, leistete anschließend

den Wehrdienst und schlug dabei die Reserveoffizierslaufbahn ein. Sein Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität in München schloss er mit einem Staatsexamen in Germanistik, Geschichte, Politologie und Soziologie ab, im Rahmen seiner Ausbildung studierte er auch Volkswirtschaft. Beruflich unterrichtet Ludwig Zellner am Moosburger Karl-Ritter-von-Frisch-Gymna-



Ludwig Zellner.

sium in den Fächern Deutsch, Sozialkunde und Geschichte. „Ich mag meinen Beruf als Gymnasiallehrer, weil ich mit jungen Leuten arbeiten kann, die einem ungeschminkt die Wahrheit sagen“, meint Zellner. „So verstehe ich mich gleichzeitig als Lehrender und Lernender“.

Geistige Heimat CSU

Die geistig-politische Heimat ist und bleibt nach den Worten des OB-Kandidaten die CSU, für die er sich seit 28 Jahren engagiert. Schon als Jugendlicher ar-

beitete er in der Jungen Union im Vorstand und als stellvertretender Kreisvorsitzender mit, 14 Jahre lang leitete er den Arbeitskreis Kulturpolitik der CSU Landshut-Stadt und seit 1989 führt er den niederbayerischen Bezirksverband des kulturpolitischen Arbeitskreises. In der Kreisvorstandschaft der CSU ist Zellner seit 1977 aktiv und seit 1987 ist er stellvertretender Kreisvorsitzender.

Kontinuität und Erneuerung

Wie stellt sich nun OB-Kandidat Zellner die Zukunft der Stadt vor? Sein Leitbild steht unter dem Motto „Kontinuität und Erneuerung“. Vorrangige Aufgabenstellung habe die Konsolidierung der städtischen Finanzen. Auch in Landshut habe das Wegbrechen der Gewerbesteuer dramatische Ausmaße angenommen. Ein strikter Sparkurs und absolutes Sparen sowie Prioritätensetzung nach dem unbedingt Notwendigen und strenges Kostenbewusstsein seien geboten.

Einsparpotenziale

Um die Kostenseite der Stadt zu verbessern, müsse kräftig auf die Personalausgaben eingewirkt werden. Eine Verwaltungsreform sei unumgänglich. So könne durch Zusammenlegung von Referaten und Ämtern eine Kostensenkung erfolgen. Beispielsweise, so Zellner, wäre eine Zusammenlegung von Meldeamt, Passamt und Wahlamt möglich, ebenso könnten das Amt für technischen Umweltschutz und das für Naturschutz und das Ordnungsamt fusionieren. Große Einsparpotenziale böte auch eine Fusion von Klinikum und Kreis-krankenhaus.

Wirtschaftskraft stärken

Um Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu bekommen, muss nach Meinung Zellners das Thema Wirtschaft und damit der Aspekt Arbeitsplätze ersten Vorrang haben. „Die Stärkung der Wirtschaftskraft Landshuts ist erste Aufgabe, insbesondere möchte ich als Vertreter der Mittelstandspartei CSU den Mittelstand, das Handwerk und den Einzelhandel fördern“. Nachdem die Stärkung der Einkaufsstadt Landshut in Schwung komme, gelte es dafür zu sorgen, dass die historische Innenstadt als traditioneller Mittelpunkt des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Lebens attraktiv bleibt.

Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit

Zellners zweites Leitbild für Landshut heißt demnach „Zukunftssicherheit für unsere Stadt und ihre Menschen“. Man dürfe nicht vergessen, was den Menschen wertvoll sei, nämlich soziale Ausgewogenheit, sichere Lebensverhältnisse, Schulen, Bildung, Kultur, Sport und Raum für Begegnungen. Auch müsse die Stadtverwaltung immer mehr zu einem Dienstleistungsunternehmen entwickelt werden. Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zählt Ludwig Zellner zu seinen Qualitäten. In 20 Jahren Kommunalpolitik habe er stets größten Wert darauf gelegt „Wort zu halten“. Sein christlicher Glaube sei Grundlag seines Handelns. **E. Scholl**

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Da beging einer Selbstmord aus Angst vor dem Tod.“ Mein Chef, der Bürgermeister, diktierte diese Stellungnahme einem Journalisten in die Feder, der nach einer Reaktion auf den Rücktritt Schröders als Parteivorsitzender fragte.

Das war ja ein toller Abschluss einer Woche, in der sich jeder fragte, wie es weiter geht mit den Reformen in Deutschland. Ist das Land schon genügend reformiert, wie einer aus dem Regierungslager sagte? Oder sei es zwar noch nicht genug, aber man müsse mal eine Denkpause machen, wie ein anderer aus der Truppe meinte? Oder muss es jetzt erst recht aufgehen, damit man nicht auf halben Wege stehen bleibe, wie eine dritte Stimme verkündete? Wir kleinen Beitrags- und Steuerzahler - Otto und Ottilie Normalverbraucher gewissermaßen - hätten schon gerne gewusst,



alles das abdeckt, was die gesetzliche nun nicht mehr zahlt.

Aber auch der Bürgermeister samt Stadtrat steht nach wie vor ratlos im Reform-Dschungel und keiner holt sie raus. Ist das letztes Jahr alles gewesen mit der Neuordnung der Gemeindefinanzen oder kommt noch was Vernünftiges? Wird endlich die Sozialhilfe ins Visier genommen, damit sie wieder zu ihrem Kern zurückgeführt wird, der Fürsorge für die Hilflösen und nicht länger ein „Way of life“ bleibt, mit dem man ohne zu arbeiten über die Runden kommt? Wird die Pflegeversicherung der Wirklichkeit der Pflegesätze angepasst, damit die Verheißung der dauerhaften Entlastung der Kommunen von Kosten für Pflegebedürftige Wirklichkeit wird?

Viele Fragen und als einzige Antwort ein Berliner Schauspiel, mit dem der staunenden Öffentlichkeit weisgemacht werden soll, ein machtbesessener Mann wie der Kanzler sehne sich danach, einen Super-Partei- und Fraktionsvorsitzenden vor die Nase gesetzt zu bekommen. Num ja, Doppelspitzen sind per se nichts Schlechtes, weil jede Spitze immer schärfer und durchdringender sein will als die andere. Konkurrenz befruchtet halt. Gut kann so was allerdings nur gehen, wenn beide Spitzen wenigstens grob in die selbe Richtung zielen.

Man wird sehen, wie es in der Zukunft wird, ob beide Spitzen ins 21. Jahrhundert zielen oder eine es sich im 20. ganz kommod einrichtet. Für meinen Chef, den Bürgermeister, wie für uns alle bleibt abzuwarten, ob's in Deutschland schlussendlich doch vorwärts geht. Vorerst habe ich ihm ein Kalenderblatt mit einem Satz von Machiavelli auf den Schreibtisch gelegt: „Immer entstehen die Umwälzungen aus einer natürlichen Ursache: Die Menschen wechseln nämlich ihre Herren in der Hoffnung, ihre Lage zu verbessern.“



Ratlos im Reformschlingel

was in Zukunft Sache ist.

Denn ganz im Stile früherer Zeiten, als das Volk dem Genossen Stalin, dem Genossen Ulbricht oder weiß der Himmel welchem Bartrüger zu einem Jubelfeste eine besondere Arbeitsleistung oder Anstrengung darbieten sollte, verkündet Vizekanzler Fischer, die Deutschen sollten ihrem Kanzler doch den Aufschwung pünktlich zum Geburtstag am 7. April schenken, hübsch verpackt in rot-grünen Schleifchen. Aber mit welchem Geld denn? Der Reibach, den ich als Ergebnis der epochalen Steuerreform gemacht habe, ist in die Tasche meines Zahnarztes als Praxisgebühr gewandert. Denn ich habe zwar vor dem Jahreswechsel fleißig Medikamente gehortet, mir die Krone aber erst vor drei Wochen ausgebissen. Was nicht passiert ist? Dass meine Krankenkasse die Beiträge gesenkt hätte. Dafür hat sie mir einen Fragebogen geschickt, ob ich an einer privaten Zusatzversicherung interessiert sei, die

www.rosenheimer-pflegeboerse.de

Internetplattform ermöglicht schnellen Überblick über freie Plätze in Senioren- und Pflegeheimen, Kurzzeitpflegeplätzen und Plätze für „Betreutes Wohnen“

Als ein Zeichen optimaler und kollegialer Zusammenarbeit vieler Abteilungen von Stadt und Land werteten sowohl Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, als auch Landrat Dr. Max Gimpl die Schaffung der ersten Rosenheimer Internet-Pflegebörse im Rahmen des weiteren Ausbaus des Rosenheimer Gesundheitsnetzes.

„Gerade in Zeiten, in denen die Bevölkerung immer älter wird, wird immer häufiger das Problem auftreten von heute auf morgen einen Heimpflegeplatz für einen betroffenen Angehörigen zu finden“, betonte Dr. Gimpl bei der Pressepräsentation dieses innovativen Projektes.

Während bislang endlose Telefonate mit den insgesamt 59 Altenheimen allein im Landkreis notwendig waren, um einen geeigneten Platz zu finden, reicht jetzt ein kurzer Blick ins Internet. Unter www.rosenheimer-pflegeboerse.de können sich Angehörige und Betroffene schnell, bequem und kostenlos über freie Plätze in Alten- und Pflegeheimen, Kurzzeitpflegeplätze, sowie über freie Apartments in den Einrichtungen „Betreutes Wohnen“ in der Stadt Rosenheim und dem gesamten Landkreis informieren.

Die Internetbesucher erfahren dabei durch einen einfachen Mausclick, in welcher Gemeinde und in welchem Heim wie viele Plätze zur Verfügung stehen, ob Einzel- oder Doppelzimmer für Frauen oder Männer, Apartments oder Kurzzeitpflegeplätze frei sind, welche zusätzlichen Angebote den Heimbewohnern zur Verfügung stehen und wer der richtige Ansprechpartner für die persönliche Kontaktaufnahme ist.

„Wir haben uns bei der Gestaltung der Internetseiten an die Broschüre „Seniorenheime in Landkreis und Stadt Rosen-

heim“ orientiert“, betonte Michael Schwägerl, Leiter der Heimaufsicht beim Landratsamt Rosenheim, der zusammen mit Günther Ehl, Leiter des Amtes für Informationsbearbeitung und Mitbegründer des umfangreichen Rosenheimer Gesundheitsnetzwerkes, das innovative Projekt initiiert hat und auf einer Pressekonferenz im Landratsamt vorstellte. „Diese Internet-Pflegeplatzbörse ist ein wichtiger Schritt nach vorn und eine große Erleichterung für die Familien und die Betroffenen“, freute sich Bauer, die zugleich diese neue Internetplattform als hervorragende Erweiterung des virtuellen Rosenheimer Gesundheitsnetzes würdigte.

Immense Entlastung

Doch nicht nur für die Angehörigen bildet die Pflegebörse ein wichtiges Instrument, um schnell einen freien Platz für Senioren in der Region zu finden. „Diese Internetseiten sind auch eine immense Entlastung für die Sozialdienste und Krankenhäuser in Rosenheim und dem Landkreis“, betonte Brigitte Bartel-Müller, Heimplatzleiterin des Seniorenheimes St. Jakobus in Wasserburg. Gemeinsam mit ihren Kollegen Helmut Huber vom Haus Mangfall in Kolbermoor, sowie Nikolaus Kannengießer, Leiter des Seniorenheimes Künferling in Rosenheim, hatte sie von Anfang an bei dem wegweisenden Gemeinschaftsprojekt

der Stadt und dem Landkreis mitgearbeitet. Gemeinsam mit den Heimplatzleitern, dem Landrat und der Oberbürgermeisterin unterzeichnete Bartel-Müller den Vertrag, der die zukünftige Zusammenarbeit regelt. Während laut Christian Meixner, Leiter des Rosenheimer Sozialamtes, alle Rosenheimer Senioreneinrichtungen teilnehmen, hat erst rund zwei Drittel aller Heime aus dem Landkreis Interesse an dem Internetprojekt signalisiert - doch die Tendenz ist steigend.

„Ich rechne damit, dass 98 Prozent aller Senioren- und Pflegeheime sich an der Rosenheimer Pflegebörse beteiligen werden. Es kostet nichts und bedeutet nur einen geringen Verwaltungsaufwand. Wenn ein Platz besetzt wird, muss man ihn eben aus der Angebotsseite herausnehmen - mehr Arbeit fällt für uns nicht an“, betonte Huber, der das Angebot, wie auch Kannengießer, sehr begrüßt: „Endlich haben wir die Möglichkeit, unsere freien Plätze einzustellen und so einer breiten Öffentlichkeit kurzfristig zugänglich zu machen“.

Eine eigene Homepage der Einrichtung um an dem Pflegebörsen-Netzwerk mitzumachen ist nicht erforderlich. Allein ein zuverlässiger Zugang zum Internet muss gewährleistet sein.

Trotz aller unbürokratischer Auffindung freier Wohnungen oder Heimplätze für die älteren Mitbürger via Net - ein persönliches Gespräch mit den Angehörigen und den Senioren mit der Heimplatzleitung kann weder ein Telefonanruf noch das Internet ersetzen. „Der persönliche Kontakt steht weiterhin an erster Stelle“, betont Bartel-Müller.

Claudia Sieberath

Starker Gegenwind für Münchner Linux-Projekt

Stadtverwaltung kämpft mit finanziellen und technischen Problemen

München - Die geplante Umstellung von rund 14.000 Rechnern der Münchner Stadtverwaltung <http://www.muenchen.de> auf Open-Source-Software bereitet zunehmend Probleme, berichtet die Fachzeitung Computerwoche. Neben Widerständen in den eigenen Reihen kämpfen IT-Verantwortliche mit finanziellen Problemen und technischen Tücken.

Für das Projekt „LiMux“ soll bis zum Frühjahr 2004 ein Zeitplan und eine detaillierte Kostenaufstellung bereitstehen. Laut Wilhelm Hoegner, dem Leiter des Amtes für Informations- und Datenverarbeitung (Afid), <http://linux-muenchen.de> stellt München aber keine zusätzlichen Budgetmittel für das Feinkonzept bereit. Auch das Projekt, eine eigene Linux-Community mit den IT-Abteilungen der verschiedenen Stadtreferate zu betreiben, lässt sich aufgrund nicht genehmigter Freistellungen kaum realisieren.

Rund 50 Prozent zeigen keinerlei Ambitionen

Bei der technischen Realisierung musste die Kommune sogar IBM und SuSE um Unterstützung bitten, obwohl beide Anbieter damit die Vorgaben der Stadt für die kommende Ausschreibung der Projekte maßgeblich beeinflussen können. Zusätzlich ist bei vielen kleinen Applikationsanbietern noch immer nicht klar, inwieweit sich ihre Software-Produkte auf Linux umstellen. Rund 50 Prozent der Anbieter hatten bislang noch keine Ambitionen in Richtung Open-Source gezeigt.

Innerhalb der Verwaltung gibt es weiterhin noch Vorbehalte einzelner Stadtreferate gegen die Linux-Migration und mit der Innovationsbereitschaft der Verwaltung steht es ebenfalls nicht zum Besten, beklagt Direktoriumsleiter Ernst Wolowicz. Trotz der zunehmenden Problematik geht man von einem harten Wettbewerb aus, wenn sich im Sommer IT-Anbieter um die zu vergebenen Aufträge bewerben. Bis dahin müssen jedoch noch viele Hürden und Widerstände überwunden werden. **E**

Jetzt noch 64 Standorte und 62.200 Dienstposten im Freistaat:

Freistaat Bayern wird weitere Garnisonen verlieren

Verteidigungsminister Struck auf Truppenbesuch in Dillingen und Donauwörth und bei Eurocopter / Größtes Unternehmen in Nordschwaben

Dillingen/Donauwörth (jdt). Über Schwaben hinaus fand ein längerer Besuch von Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck in Dillingen und Donauwörth besondere Beachtung. Zunächst besichtigte Struck das Fernmeldebataillon 230 in Dillingen und dann das Bataillon Elektronische Kampfführung 922 in Donauwörth. Es folgte eine Information beim Donauwörther Hubschrauber-Hersteller Eurocopter.

Beim Gespräch von Politikern, Kommunalpolitikern und Vertretern der Soldaten und des zivilen Personals mit dem Minister rückte die bevorstehende weitere Umstrukturierung der Bundeswehr in den Vordergrund.

Zahl der Soldaten wird sich verringern

Das Interesse galt nicht zuletzt der in Aussicht stehenden Verringerung der Zahl der Soldaten von etwa 285.000 auf

rund 250.000 und der Zivilangestellten von 85.000 auf 75.000. Ins Gespräch kam vor allem auch die Planung, bis zum Jahr 2010 von den jetzt noch 630 Standorten mindestens 100, möglicherweise sogar 150 bis 200 zu schließen.

„Streichliste“ bis Ende 2004

Verteidigungsminister Struck gab in der Dillinger Luitpold-Kaserne und in der Alfred-Delp-Kaserne Donauwörth be-

kannt, dass noch keine Entscheidungen oder Vorentscheidungen gefallen seien. Bis Ende 2004 soll die „Streichliste“ für die Standorte erarbeitet werden.

Zahlreiche Gäste

Struck kam mit dem Hubschrauber. Zum Gespräch mit dem Minister waren in Dillingen u.a. die Bundestagsabgeordnete Gabi Fograscher, Doris Meyer, Hans Raidel und Heinz Paula, MdL Herbert Müller, Landrat Anton Dietrich, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl und der Kreisfraktionsvorsitzende der SPD, Johannes Straßer, eingeladen. Oberstleutnant Manfred Groß informierte über den Standort.

Eloka-Bataillon

In Donauwörth wurde Struck von Oberstleutnant Stefan Gansemer über das Eloka-Bataillon und dessen Einsätze in Kenntnis gesetzt. Wie das Dillinger Bataillon nehmen auch

die Donauwörther Soldaten internationale Aufgaben wahr. An der Begegnung mit Struck nahmen die nordschwäbischen Bundestagsabgeordneten Hans Raidel, Gabriele Fograscher und Doris Meyer sowie der stellvertretende Landrat Franz Oppel und Bürgermeister Jörgheinrich Fischer teil.

3200 Arbeitsplätze

Über eine Stunde besichtigte Peter Struck das Hubschrauberunternehmen Eurocopter in Donauwörth, mit rund 3200 Mitarbeitern das größte Unternehmen in Nordschwaben. Der deutsch-französische Konzern hat drei Standorte in Deutschland (mit über 4200 Beschäftigten) und weltweit etwa 11.000 Mitarbeiter. Firmensitz ist Marignane (Frankreich).

Entwicklung, Produktion und Vertrieb

Eurocopter entwickelt, produziert, vertreibt und betreut weltweit die umfangreichste Palette an Hubschraubern. Diese reicht vom einmotorigen Leicht-Hubschrauber bis zum 11-Tonnen-Transporthubschrauber.

Für die Kunden betreibt Eurocopter in Donauwörth eine hauseigene Flugschule, die einzige in Deutschland zugelassene Flugschule für Instrumentenflugausbildung in diesem Sektor.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma WEKA MEDIA GmbH & Co. KG, Kissing, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Beim Gespräch mit Abgeordneten und Kommunalpolitikern in der Dillinger Luitpold-Kaserne (v. l.): Bundestagsabgeordnete Doris Meyer, Dillingens OB Hans-Jürgen Weigl, die Bundestagsabgeordnete Gabi Fograscher, Heinz Paula und Hans Raidel, Dr. Peter Struck, Oberstleutnant Manfred Groß. Bild: -jdt-

„Tiger“ und NH 90

In Donauwörth wurde Struck von Führungskräften des Unternehmens empfangen, an der Spitze Präsident Fabrice Brégier. Das Interesse des Kabinettsmitgliedes richtete sich auf die von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen jeweils 80 Kampfhubschrauber „Tiger“ und Takti-

schen Transporthubschrauber/Marinehubschrauber NH 90.

Bayernweit wird an den 64 Standorten der Bundeswehr im Freistaat über 62200 Dienstposten (43964 militärisches Personal, 18301 Zivilbeschäftigte), lebhaft darüber diskutiert, welche Garnisonen Überlebenschancen haben. Unvermeidlich scheint zu sein: Bayern wird weitere Standorte verlieren. -jdt-

Vorschau auf GZ 5

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 5, die am 4. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen
- ◀ Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- ◀ Kommunalfahrzeuge - Städtereinigung
- ◀ Kommunale Museen